

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 209 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 6/2012 · VOM 22. MAI 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

7 | Das
Exempel

Initiative baumlos Bauen in der Stadt

8 | Delegation
mißlungen

Streit um Amadeu-Antonio-Straße

12 | Von der europäischen Kon-
föderation zum Weltreich

Deutschland vor dem 1. Weltkrieg

Die erste Streikwoche im Forßmann



Seit Dienstag, dem 15. Mai, stehen Streikposten vor dem Werner Forßmann Krankenhaus (WFK), das zur kommunalen »Gesellschaft für Leben und Gesundheit« (GLG) gehört. Als Gewerkschafter und ver.di-Ehrenamtler ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, die Streikenden nach Kräften vor Ort zu unterstützen. Dabei komme ich mit vielen Streikenden, aber auch mit Patienten, die sich streikbedingt auf lange Wartezeiten einrichten müssen, und anderen ins Gespräch.

Den Streikenden ist diese aktive Form der Auseinandersetzung mit ihren Chefs neu und ungewohnt. Da überrascht die hohe Motivation der meisten MitarbeiterInnen. Sie sind nicht länger gewillt, sich ständig von der GLG-Geschäftsführung, besonders dem Vorstand Harald Kothe-Zimmermann, verschaukeln und demütigen zu lassen.

Während sich die Geschäftsführung durch Gesellschafter und Aufsichtsrat exorbitante Gehaltserhöhungen absegnen ließ, bei Kothe-Zimmermann spricht man von einem Monatssalär von mindestens 20.000 Euro, sollen die Beschäftigten mit Almosen abgespeist werden.

Die Streikenden hinterfragen kritisch, ob die Geschäftsführung das Leistungsprinzip auch für sich selbst verinnerlicht hat und inwieweit dies bei der Vergütung Berücksichtigung findet. Immerhin wird mit Prenzlau auch ein defizitäres Krankenhaus innerhalb des GLG-Klinikverbundes verwaltet.

Großes Unverständnis löst bei der Belegschaft der Expansionskurs der Geschäftsführung aus. Aus Sicht der WFK-Beschäftigten haben sie die Erlöse erwirtschaftet, die z.B. den aktuellen Erwerb der Rehaklinik im idyllischen uckermärkischen Wolletz ermöglichten. Sie selbst profitieren nicht davon. In der Belegschaft aber auch unter der Bevölkerung gibt es erhebliche Befürchtungen, daß die medizinische Grundversorgung in der Eberswalder Region auf »Lazarettniveau« reduziert wird.

Am Freitag (18.5.) hatten die Beschäftigten den Aufsichtsrat der GLG zu einem »Streikfrühstück« eingeladen. Drei der sechzehn Aufsichtsräte kamen, darunter der Vorsitzende, Landrat Bodo Ihrke, die Kreistagsabgeordnete Margitta Mächtig (DIE LINKE) und Dr. Steffi Miroslau, die die Interessen der Beschäftigten im Aufsichtsrat vertritt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machten teilweise sehr drastisch deutlich, wie tief Frust und Wut bei den Streikenden sitzen. Man ist nicht mehr bereit, das ständige Lavieren, das Schönreden der Situation und die Sprechblasen von Aufsichtsratsboß Ihrke hinzunehmen.

Die Krankenhausbelegschaft gab dem Landrat zahlreiche »Hausaufgaben« mit auf den Weg und versprochen eine ständige transparente Kontrolle. Wenn nötig, werde die entsprechende »Benotung« erfolgen.

Die Argumente, wonach im kommunalen Gesundheitskonzern GLG zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, sind einfach verlogen und heuchlerisch. Bei den meisten »neuen Jobs« handelt es sich um Tätigkeiten im Niedriglohnssektor oder es wurden reguläre Arbeitsplätze gesplittet und in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. In vielen Fällen müssen die Betroffenen zum Jobcenter gehen um ergänzendes Arbeitslosengeld II für ihren existenzsichernden Lebensunterhalt zu beantragen. Erschwerend kommt hinzu das die meisten Beschäftigten auf den PKW angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Ein nicht unerheblicher Teil ihres monatlichen Armutssalärs müssen sie in die rasant gestiegenen Spritkosten investieren.

Kritisch zu hinterfragen ist, wieso die Beschäftigtenvertreter, aber auch die im Aufsichtsrat vertretenen Mitglieder der beiden Kreistage, dieses unseriöse Agieren der GLG-Geschäftsführung bisher reaktionslos zur Kenntnis genommen haben. Gelegenheit, sich ausführlich mit der aktuellen Situation im WFK zu informieren, hatten die Aufsichtsräte bereits während der Warnstreiktage am 21. und 27. März zur Genüge.

Die Streikenden aber auch ver.di-Unterstützende sind täglich in der Zone des Haupteinganges zum WFK präsent. Am Sonnabend nutzten sie auch die »Guten Morgen Eberswalde«-Veranstaltung auf dem Eberswalder Marktplatz und die »Nacht der Museen«, um mit Eberswalderinnen und Eberswaldern sowie ihren Gästen ins persönliche Gespräch zu kommen und über die aktuelle Tarifsituation und über den Streik zu informieren. Erfreulicherweise zeigen die meisten ein großes Verständnis und bekunden ihre solidarische Unterstützung, oft mit einer sofortigen Unterschrift auf den ver.di Unterstützerlisten.

CARSTEN ZINN
(siehe auch Seite 3)

Ralf in Rente

Der Ralf hat es endlich geschafft. Nach über einundzwanzig Jahren im Amt geht Ralf in ehrenvoll Rente. Ralf war über 20 Jahre der gute, freundliche Landrat im schönen Herzogtum Sachsen-Meinigen. Nach der Wende trat er frisch in die richtige Partei ein. Mit seinem pragmatischen Verstand, seinen frischen Ideen und etwas Machtinstinkt konnte er die belasteten Altsozialisten kommandieren und die aufdringlichen Westbeamten verscheuchen. Das war eine schöne Zeit im Herzogtum Sachsen-Meinigen. Ralf war unumschränkter Chef vom Krankenhaus und von der Sparkasse, vom Müllberg und von der Regionalplanung. Die Bürgermeister von Schmalkalden und Meinigen hatten nichts zu melden und mußten sich mit den Bürgern um den Abwasserzweckverband, die Sozialwohnungen, die maroden Betriebe und die neuen Gewerbegebiete streiten. Minister wollte er nicht werden. Ralf gibt sich volksnah, war auf jedem Fest und spricht öfter auch im nordfränkischen Dialekt. So konnte er in manchem Streit schlichten und dabei sein Süppchen kochen. Ralf blieb bei all dem bodenständig. Er wohnt immer noch in seinem Elternhaus und spielt ab und an Doppelkopf in der Dorfkneipe.

Am Anfang, so während des Aufbruchs nach der Wende hatte Ralf richtig Spaß an der Verwaltungsarbeit. Da konnte er etwas bewegen und vielen guten Freunden helfen. Ralf hatte gut gespart und konnte noch ein schönes wunderliches Landkreishaus mitten in der Kreisstadt bauen. Dafür hatte er sogar die Straße umbenannt. Später wurden die Freunde immer gieriger und weniger. Der Spaß hielt sich bald in Grenzen. Die Pflicht wurde immer lästiger. Für alles und jeden sollte er den Kopf hinhalten. Aber es kam immer toller. Bald ging nichts mehr ohne Streit. Irgendwann sollte der Landrat auch noch ein marodes Holzhackschnitzheizwerk kaufen um Fördermittel zu retten und das Klima zu schützen. Und dann war die Luft raus. Die Jungen Hüpfen scharren schon mit den Hufen. Aber der Ralf ist eben Ralf und schlau. Bei der Neuwahl trat er einfach nicht mehr an. Da haben sie nur blöd geklotzt, die lieben Freunde.

Nun macht den Landrat ein neuer Mann von der SPD. Niemand fragt nach den Fehlern, den vergeudeten Millionen, den falschen Versprechungen und den Japanern. Ralf ist glücklich. Er hat es ohne Blessuren geschafft. Jetzt kann sich Ralf voll und ganz seinem Hobby, der Zucht von seltenen Hühnerrassen widmen. Seine langjährigen Erfolge bei den Deutschen Reichshühnern und Thüringer Barthühnern ist legendär. Vielleicht gelingt auch die Zucht der Westfälischen Totleger und der Schmalkaldischen Roller.

Wir wünschen Ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute, den soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Sozialpreis der SPD-Stadtfraktion:

Vorschläge gesucht

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vergibt im September 2012 zum dritten Mal den Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis, einen Preis für soziales Engagement in der Stadt Eberswalde. Bis zum 31. Mai werden dafür Vorschläge gesucht.

Mit der Preisverleihung wird als sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet, das – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird. Dr. Ursula Hoppe hat sich als Kreisjugendärztin in hohem Maße für die Menschen in der Stadt Eberswalde eingesetzt und der Preis erhält damit auch das Andenken ihres sozialen Wirkens aufrecht.

Die Fraktion bittet daher recht herzlich alle Eberswalder Bürger und Bürgerinnen, Vereine, Initiativen und Kirchengemeinden um Vorschläge für diese Auszeichnung.

Jede und jeder, der/die eine ehrenamtlich tätige Person, einen Verein, eine Privatinitiative oder eine andere Organisation aus der Stadt Eberswalde kennt, die durch ihr beispielgebendes Engagement für die Allgemeinheit eine solche Würdigung verdient, kann sich sehr gerne mit einem schriftlich begründeten Vergabevorschlag bis zum 31. Mai 2012 an die SPD-Fraktion wenden. Neben der Begründung sind dabei folgende Angaben wichtig: Vor- und Familiennamen, Geburtstag, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Beruf, Anschrift und Angaben über frühere Auszeichnungen und Titel.

Die Auszeichnung ist mit 350 Euro dotiert und als persönliche Anerkennung wird eine Urkunde verliehen.

RICHARD BLOCH, SPD-Fraktionsreferent

Kontakt: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, Breite Straße 20, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22246, E-Mail: stadtfraktion@spdeberswalde.de

Bahnhofsvorplatz verwandelt



Fünzig Eberswalderinnen und Eberswalder trotzten den eher niedrigen Temperaturen und halfen am ersten Sonntag im Mai mit, den Bahnhofsvorplatz mit rund 500 Pflanzen in eine Gartenoase zu verwandeln. Am Montag Morgen wurden die Pendler von dem vorübergehenden Garten überrascht. Die Initiative wandelBar bedankt sich bei allen Unterstützern für Ihre Beteiligung am Grünen Bahnhof. Die übrig gebliebenen Pflanzen, die nicht abgeholt wurden, wurden an den Schenk-Laden des Freiraums weitergegeben.

INGO FROST

Freiraum-Veranstaltungen im Mai

- Di 22.05. 16:00 Theater aus dem Wäschekorb (Berlin) ab 3 Jahren, zeitgemäße Bearbeitung bekannter Märchen
- Mi 23.05. 20:00 Diashow: Anne berichtet aus Norwegen
- Do 24.05. 18:00 Vokü und Greenpeace-Film: »Bienensterben«
- Fr 25.05. 19:00 zusammen tragen: Was heißt hier Freiraum?
- Sa 26.05. 13:00 - 18:00 Open Space wandelBar & Freiraum
- So 27.05. 10:00 - 18:00 Wildnispädagogik-Workshop
- So 27.05. 19:00 Lysikabend - selbstgemachte Lyrik und Musik verschiedener Menschen
- Mo 28.05. 16:00 Theater »Duell am Kanapee« – Die Fabulanten
- Di 29.05. 18:00 Amadeu Antonio – Eberswalder Zustände gestern und heute
- Mi 30.05. Aktion Auktion: Freiräumung – was nun?
- Do 31.05. Offenes Ende

Mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

Streik in der Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus

Eberswalde (bbp). Rund 830 Mitarbeiter beschäftigt die Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus. Seit dem 15. Mai sind sie im Streik. Die Urabstimmung hatte eine Zustimmung von 97,4 % für den unbefristeten Streik ergeben.

Mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen sind ihre Forderungen. Seit Jahren wird die Schere zwischen den Gehältern der Klinikum Barnim GmbH Beschäftigten und dem Bundesniveau im Gesundheitswesen größer und hat nun mit 11 bis 35 % im Vergleich zum TV-ÖD (Tarifvertrag im Öffentlicher Dienst) einen Höchststand erreicht. Gegenwärtig erhält eine berufserfahrene Krankenschwester im Klinikum pro Monat bis zu 580 Euro weniger, als eine vergleichbare Fachkraft in anderen Krankenhäusern des Öffentlichen Dienstes. Gleichzeitig erreichen die Arbeitsbedingungen in der Klinikum Barnim GmbH einen traurigen Negativrekord mit extrem gestiegenen Leistungs-

anforderungen, permanentem Personalmangel und Lohnstagnation.

Seit Beginn der Tarifverhandlungen im Dezember 2011 hat die Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus in vier Verhandlungen kein akzeptables Angebot zur Erhöhung der monatlichen Entgelte und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorgelegt. Im Gegenteil deren »Angebote« bauen den Unterschied zum TV-ÖD nicht ab, sondern weiter auf. Dabei sind die Gesellschafter des Klinikums die Landkreise Barnim und Uckermark und die Stadt Eberswalde.

»Die Arbeitsbelastung ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen«, sagt die ver.di-Verhandlungsführerin Bettina Weitermann. »Mehr Geld hat es für diesen Streif nicht gegeben. Die Reallöhne in den Krankenhäusern treten auf der Stelle. In der Klinikum Barnim GmbH Werner Forßmann Krankenhaus existiert sogar ein enormer Reallohnverlust.«

Die erste Streikwoche im Forßmann (II)

Dank gilt allen die sich bisher in unterschiedlichster Art und Weise solidarisch gegenüber den Streikenden geäußert haben und zum Teil auch mit vor Ort waren. Stellvertretend seien genannt der Barnimer Kreischef der LINKEN Sebastian Walter, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Finow Ringo Wrase, Frank Banaskiewicz von der Stadtfraktion FDP/Bürgerfraktion für den Barnim, Norbert Glaske von der regionalen DKP-Gruppe und Jan Nock von der parteiunabhängigen Gruppe ARBEITERMACHT.

Gedankt sei auch den Kollegen Peter Beyer und Wolfhart Ulbrich vom Berliner ver.di Erwerbslosenausschuß und dem Aktionsteam des ver.di Ortsvereins Berlin-Ost. sie sorgten mit dem Democar des ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg für eine angemessene Beschallung während der kreativen Streiktage.

Daß Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski(FDP) die Streikenden bisher mit Mißachtung bestraft, stößt bei den Beschäftigten hingegen bitter auf.

CARSTEN ZINN

Beschäftigte endlich ernst nehmen

DIE LINKE unterstützt Streikforderungen

Ebeswalde (bbp). »DIE LINKE. Barnim erklärt sich solidarisch mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GLG bei deren Kampf um faire und gerechte Bezahlung«, heißt es in einer Erklärung des Kreisvorsitzenden der LINKEN Sebastian Walter. In den letzten Jahren habe die Konzernleitung, allen voran der Geschäftsführer Kothe-Zimmermann, immer wieder die erfreulich hohen Gewinne der GLG gewürdigt. Nach Jahren des Verzichts sei es höchste Zeit, auch die Beschäftigten an den Überschüssen des Konzerns zu beteiligen.

Ohne deren Arbeit wäre die hohe Qualität und die gute wirtschaftliche Stellung des Unternehmens undenkbar. »Die Geschäftsleitung muß endlich einsehen, daß kräftige Lohnsteigerungen, die gleiches Geld für gleiche Arbeit sichern sowie ein ordentlicher Tarifvertrag, der möglichst eine Angleichung an den TVöD bedeutet, notwendig und machbar sind.« Der bisherige Umgang



der Geschäftsleitung mit den Beschäftigten sei unwürdig und nicht hinzunehmen.

»Wer sich selbst auf der einen Seite Bonuszahlungen von 60.000 Euro genehmigt, auf der anderen Seite aber bei einer Tarifierhöhung mit Stellenabbau droht, ist für ein kommunales Unternehmen untragbar«, stellt der LINKEN-Kreisvorsitzende fest. »Auch der Landrat hat hier eine größere Verantwortung, als nur schöne Sonntagsreden zu halten. Wenn wir Menschen im Barnim eine Perspektive geben wollen, dann müssen gerade kommunale Unternehmen beispielgebend bei der Entlohnung ihrer Mitarbeiter sein.«

DIE LINKE. Barnim bleibe dabei, daß die Geschäftsführung mit einem erstzunehmenden Angebot an den Verhandlungstisch zurückkehren muß.

»Wir werden die Streikenden«, so Sebastian Walter abschließend, »in ihrem Kampf für gerechte Löhne unterstützen.«

So kann's nicht weiter gehen

Die Lohnforderungen der Frauen und Männer vom Forßmann Krankenhaus in Eberswalde sind mehr als berechtigt. Mit Erschütterung nahm ich beim »Streikfrühstück«, zu dem die Streikenden am 18. Mai eingeladen hatten, die Informationen zum Umgang der Geschäftsführung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Kenntnis.

Foto- und Videoaufnahmen von den Streikenden zu machen, das ist wohl echt daneben. Damit dann auch noch Lohn- und Gehaltsabzüge zu begründen, selbst von Nichtanwesenden, verbunden mit Drohungen gegenüber Einzelnen, setzt dem ganzen die Krone auf.

So reagiert man nicht auf die Forderungen nach besseren Lohn- und Gehaltsforderungen. Schon gar nicht, wenn man als Geschäftsführung weiß, wie hoch die Zahl der auflaufenden Überstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, die ihre, nein unsere, Patienten nicht im Stich lassen wollen. Über das, was die Streikenden zu den Reaktionen des Geschäftsführers Herrn Kothe-Zimmermann auf diesen Streik berichten, bin ich nicht nur verärgert, sondern ich frage mich ernsthaft, ob Herrn Kothe-Zimmermann klar ist, daß auch sein Gehalt nur von der Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses abhängt.

Zahlreiche Mängel in der Arbeitsorganisation wurden bei diesem »Streikfrühstück« angesprochen und das Verhältnis von Investitionstätigkeit und Lohn- und Gehaltsentwicklung infrage gestellt. Aber auch die Tatsache, daß sich der Personalzuwachs auf den Stationen nicht bemerkbar macht, muß hinterfragt werden. Einen entsprechenden Fragekatalog werden wir für die kommende Aufsichtsratsitzung vorbereiten. Die Antworten müssen auf den Tisch.

MARGITTA MÄCHTIG,

Mitglied des Aufsichtsrates der GLG

Krankenhausförderung

Potsdam (pre-brb). Die Finanzierung der brandenburgischen Krankenhäuser stehe auch in Zukunft auf festem Fundament, heißt es in einer Mitteilung der Landesregierung. Am 8. Mai verabschiedete das Kabinett das Erste Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetzes. »Eine zuverlässige Finanzierung ist unabdingbar für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern«, sagte Gesundheitsministerin Anita Tack. Die bisherige Einzel- und Pauschalförderung für Investitionen werde auf eine Investitionspauschale für jedes Krankenhaus umgestellt. »Es wird eine deutlich höhere Flexibilität der Fördermittelverwendung ermöglicht, die Investitionsspielräume der Krankenhausträger werden erhöht und weniger personelle Ressourcen gebunden. Über die Verwendung der Pauschale entscheidet der Krankenhausträger künftig selbst«, sagte Tack.

Fragen zur Sozialstudie

Eberswalde (bbp). Im Auftrag der Stadtverwaltung Eberswalde hat das StadtBüro Hunger, Stadtforschung und -entwicklung GmbH Berlin im Jahr 2011 eine Sozialstudie erarbeitet. Derzeit befindet sich ein Entwurf mit Arbeitsstand vom 16. Februar 2012 in der internen Diskussion. Dieser Entwurf bildete auch die Grundlage für die im März erfolgten Präsentationen in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Zugleich wurde auf der Grundlage der Sozialstudie vom gleichen Auftragnehmer ein Verstärkungskonzept für das Programm »Soziale Stadt« erarbeitet.

Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn bat in diesem Zusammenhang den Bürgermeister, auf der Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai die Frage zu beantworten, wann die Endfassung der Sozialstudie und das daraus resultierende Verstärkungskonzept der Stadtverordnetenversammlung, den zuständigen OrtsvorsteherInnen sowie den Beiräten vorgelegt wird. »Wann werden die Sozialstudie und das Verstärkungskonzept der interessierten Öffentlichkeit auf der Homepage der Stadt Eberswalde zugänglich gemacht?«

Schon jetzt ist für den 16. Oktober eine gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Bau, Planung und Umwelt, Bildung, Jugend und Sport sowie Kultur, Soziales und Integration mit rund 50 Teilnehmern zum Thema Sozialstudie angesetzt. »Ich bezweifle«, so Zinn, »daß in der knapp bemessenen Zeit an diesem Abendtermin tatsächlich eine umfassende Information und Auswertung gelingen kann«. Es entstehe somit ein Eindruck von Niederschwelligkeit und Alibi charakter der geplanten Veranstaltung. »Warum wurden die Mitglieder der Fachausschüsse, die zuständigen OrtsvorsteherInnen sowie die Beiräte nicht einbezogen«, fragt der Ortsvorsteher, »als über die Art und Weise, wie die umfassende Auswertung der Sozialstudie und des Verstärkungskonzeptes erfolgen soll, diskutiert und entschieden wurde?« Desweiteren kritisiert Zinn, daß seitens der Stadtverwaltung versäumt wurde, rechtzeitig eine barrierefreie Version der Sozialstudie in Auftrag zu geben.

Seniorensprechstunden

An jedem ersten Dienstag im Monat finden die neuen Sprechstunden des Seniorenbeirates in der Zeit von 15 Uhr bis 17 Uhr im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 (Raum 118) statt. Der Start hierfür erfolgte am 8. Mai. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Anliegen an den Seniorenbeirat zu wenden (in der Zeit der Sprechstunden auch gern telefonisch unter der Rufnummer 818255).

Bereits am 3. Mai hatte der Seniorenbeirat über die »Leitlinien der Seniorenpolitik der Stadt Eberswalde« aus dem Jahr 2005 beraten. Diese Leitlinien werden gegenwärtig überarbeitet.

RENATE KUHLMANN,
Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde

»Keine öffentliche Stellungnahme«

Eberswalde (bbp). Die Gesellschafter der GLG, zu denen neben den Landkreisen Barnim und Uckermark auch die Stadt Eberswalde gehört, haben sich intern in der Gesellschafterversammlung zum Tarifstreit im Forßmann-Krankenhaus verständigt, teilte Bürgermeister Friedhelm Boginski auf der Stadtverordnetenversammlung am 26. April mit. Welcher Art die Verständigung war und welche Rolle dabei die Interessen der Beschäftigten spielten, sagte Boginski nicht.

Zur Information, daß die von der Eberswalder Solar-Firma MP-Tec kürzlich anlässlich der Kürzung der Solarförderung entlassenen

Mitarbeiter keine Abfindungen erhalten, weil es keine betriebliche Interessenvertretung und auch keinen Sozialplan gibt, erklärte der Bürgermeister, daß er hierzu keine öffentliche Stellungnahme abgeben werde.

Später meldete sich noch der 1995 als Bürgermeister abgewählte und jetzige Einzelabgeordnete Dr. Hans Mai zu Wort. Er vertrat die Auffassung, daß die Stadtverordneten in ihrer Funktion weder Gewerkschaftsvertreter noch »Arbeitgeber«-Vertreter seien. Er vertrete die die Ansicht, daß sich die Stadtverordneten aus »Fragen der Tarifautonomie tunlichst heraushalten« sollten.

Stasi, Stasi und kein Ende

Eberswalde (bbp) Ende 2008/Anfang 2009 hatte die Sozialdemokratische Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung unter dem Eindruck der damals wegen der Regierungsbeteiligung der Linken und aufgrund einiger »belasteter« Mitglieder der linken Landtagsfraktion losgetretenen Stasi-Kampagne die Überprüfung sämtlicher Stadtverordneten auf eine Mitarbeit beim MfS beantragt. War ursprünglich von einer freiwilligen Überprüfung die Rede, wurde das später kurzerhand in eine obligatorische umgewandelt. Es dauerte zweieinhalb Jahre, bis die Ergebnisse der Überprüfung vorlagen.

Die eingesetzte Kommission der Stadtverordneten benötigte nochmals reichlich ein halbes Jahr, um immer noch kein Ergebnis bekanntzugeben. Allerdings sickerte mittlerweile durch, daß es insgesamt drei »Fälle« gebe. Überras-

schenderweise betreffe keiner davon die Abgeordneten der LINKEN.

Hardy Lux von der SPD hatte längst über seine Wehrdienstzeit beim Wachregiment »Felix Dshersinski« berichtet. Ein weiterer »Fall« in einer der sogenannten Volksparteien sei vom Tisch, weil die betreffende Person nicht mehr der Stadtverordnetenversammlung angehört. Schließlich soll es noch eine Mitarbeit bei einem Mitglied der kleineren Parteien und Fraktionen gegeben haben. Die FDP oder die Grünen kämen da in Betracht. Im Landtag profilieren sich beide Parteien als »Stasijäger«. Allerdings geht es letztlich eher um eine Bagatelle. Angeblich soll der Betroffene bzw. eine in dessen Haushalt lebende Person die Wohnung dem MfS als konspirativen Treff zur Verfügung gestellt haben. Wobei diese Information bereits bekannt gewesen sei.

Girls-Day 2012 – Ein Besuch in der Politik

Eigentlich interessierte ich mich nicht großartig für die Politik. Bisher habe ich auch nur in den Nachrichten die debattierenden Politiker gesehen – für mein Leben war das jedoch nicht relevant. Doch der Girls-Day führte mich einen großen Schritt näher heran. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann durfte ich einen Tag in die Welt des Politikgeschehens eintauchen. Wir trafen uns im Jakob Kaiser Haus, wo Frau Dr. Enkelmann ihr Abgeordnetenbüro hat. Von dort aus ging es durch etliche unterirdische Gänge in den Reichstag, wo wir im Beratungsraum der Linken über die Problematik des Frauenanteils in Führungspositionen sprachen.

Mit dem Besuch der Plenarsitzung erlebten wir die heftigen Debatten um die Sanktionen bei Harz IV hautnah mit.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen mit Frau Dr. Enkelmann erzählte sie uns ihren Werdegang im Bundestag, was alles dazu gehört, um Bundestagsabgeordnete zu werden, und was alles getan werden muß um den Willen der Wähler gerecht zu werden. Und das sind nicht nur die Fraktionssitzungen oder die

Plenarsitzungen. Nein, das bedeutet auch, sich auch um die kleinen Belange der Bürger im Wahlkreis zu kümmern.

Zum Abschluß besuchten wir die Kuppel, von wo aus wir einen großartigen Blick über Berlin hatten.

Ich gestehe nach diesen Tag im Bundestag sehe ich manches mit anderen Augen. Mein Interesse für das politische Geschehen ist geweckt.

CINDY DÜMATZ

Cindy Dümatz ist eines der fünf Mädchen, die auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann zum Girls-Day den Alltag einer Politikerin erleben durften. Sie hat darüber einen kleinen Beitrag geschrieben.

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 1 7052000, Konto: 300 003 8689

Wandbild soll verschwinden

Eberswalde (bbp). Fährt man aus Richtung Finow kommend, die triste Asphaltwüste des alten Busbahnhofs, der Supermarktparkplätze und der dazwischen liegenden Verkehrsflächen hinter sich lassend, über die Bahnhofsbücke, fällt der Blick beim obligatorischen Ampelstopp auf das große Wandgemälde am Giebel des Hauses in der Eisenbahnstraße/Ecke Bergerstraße. Dieses Wandbild soll demnächst aus dem Stadtbild verschwinden. Denn der Hauseigentümer will die Fassade mit einer Wärmedämmung versehen.

Das Wandbild des Berliner Malers Edmund Bechtle entstand im Jahr 1988 auf Vorschlag des damaligen Beirates für Stadtgestaltung als Auftragswerk der Stadt Eberswalde-Finow. Mit dem Bild sollte an den benachbarten Bereich Kupferhammer und die metallverarbeitende Tradition im »Roten Finowtal« erinnert werden.

An eine Unterschutzstellung als Denkmal oder dergleichen hatte in den Jahren seitdem niemand gedacht. Dabei hatte der Eigentümer bereits 2006 einen Anlauf unternommen, die

Wand mit einer Wärmedämmung zu versehen. Damals sollte die neue Fassade gar mit großflächiger Werbung versehen werden. Das konnte damals verhindert werden, insbesondere weil das angrenzende Grundstück der Stadt Eberswalde gehört. Die angebrachte Dämmschicht würde auf das städtische Grundstück ragen, woraus sich ein Mitspracherecht für die Fassadengestaltung ergibt.

Von diesem Mitspracherecht will die Stadt auch aktuell Gebrauch machen. Auf der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Sanierungsbeirates am 14. Mai wurde über das Problem informiert. Die Beiratsmitglieder wurden um ihre Meinung gebeten. Nur eine Minderheit sprach sich für eine Rekonstruktion des vorhandenen Wandgemäldes aus. Die Mehrheit votierte für eine Neugestaltung, wobei als Trostpflästerchen ein Aufgreifen der vorhandenen Motive angeregt wurde.

Ob und wie die Neubemalung der Fassade finanziert werden kann wurde nicht besprochen.

Foto: <http://kunst-am-wege.de>



Vom Kommunalkombi ins Schulsekretariat

Mit dem Ende des Schuljahres 2011/2012 geht die langjährige Schulsekretärin der Grundschule »Schwärzese« im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel Petra Riemer in den wohlverdienten Ruhestand.

Hier sei ihr jetzt schon für ihr jahrzehntelanges umsichtiges Wirken gedankt. Als »Mutter der Kompanie« von den SchülerInnen und Beschäftigten sehr geschätzt aber auch wenn notwendig »gefürchtet«, behielt sie stets den Überblick, trotz vieler Höhen und Tiefen, die es im Schulalltag gibt. Sie ist eben ein echtes Original und kein Plagiat.

Ihre Nachfolgerin ist bereits eingestellt. Im Mai hat Petra Riemer damit begonnen, die künftige Schulsekretärin einzuarbeiten. Als Ortsvorsteher freue ich mich besonders, daß letztendlich auch auf meine Initiative hin, offenbar eine sinnvolle und tragfähige personelle

Lösung für die anspruchsvolle und herausfordernde Arbeit im Schulsekretariat gefunden wurde.

Besonders freut es mich, daß die Nachfolgerin für Petra Riemer aus dem städtischen Pool der Beschäftigten in der öffentlichen Beschäftigungsförderung, sprich der prekär und befristet beschäftigten Kommunalkombi-Angestellten kommt.

Dies ist ein kleiner und erfolgreicher »Lichtblick« hinsichtlich meiner Forderungen im Rahmen der Aufgabenkritik zur städtischen Personalentwicklungskonzeption, geeignete BewerberInnen aus der öffentlichen Beschäftigungsförderung in ein sinnvolles, unbefristetes und existenzsicherndes Arbeitsverhältnis zu überführen.

CARSTEN ZINN,

Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel

Top-Verkehrsplanung

Die »Umgehungsstraße« muß kommen, das den Eberswalderinnen und Eberswalder einzubleuen, werden weder Mühe und Kosten gescheut.

Ein Rückblick: Als die Bahnhofsbücke vor einigen Jahren neu gebaut wurde, gab es dort für längere Zeit nur zwei Fahrspuren. Durch intelligente Verkehrsführung gelang es dennoch, den Verkehr weitgehend flüssig zu halten. Phasenweise hatte man sogar das Gefühl, der Verkehrsfluß sei durch die partiellen Einbahnstraßenregelungen besser geworden. Das fiel vor allem auf, als die Brücke und die davor liegende Kreuzung dann fertig waren und der Verkehr wegen der häufigen Rotphasen regelmäßig stockte. Zumal man die vorherige Abstimmung zwischen den einzelnen Ampeln vor und hinter der Brücke abgeschafft hatte.

Nach diesem Muster soll nun auch die B167 zwischen Puschkinstraße und dem Rathaus »erneuert« werden. Die Pläne wurden jüngst der Öffentlichkeit vorgestellt.

Dabei wird wirklich keine Chance ausgelassen, den Verkehrsfluß zu hemmen und die Durchlaßfähigkeit zu senken.

Es werden zusätzliche Ampelkreuzungen eingebaut – selbstverständlich nicht als »Grüne Welle«, die ist ja für das Landesstraßenamt zu teuer. An der Michaelisstraße sollen künftig Linksabbieger aus der Nebenstraße eingefädelt werden, was entsprechend längere Rotzeiten auf der Hauptstraße zu Folge haben wird. Die Zufahrt zur Bergerstraße wird erschwert, indem man die Straße mit zusätzlichen rechten Winkeln versieht. Es werden ohne nachvollziehbaren Gründen »Grüne Pfeile« abgeschafft.

Das geplante Linksabbiegeverbot auf der Breiten Straße wird weiteren Zusatzverkehr auf die Hauptader bringen. Und die tatsächlich als »Bypass« bezeichneten Abbiegefahrbahnen werden überall zurückgebaut. Da wird es richtig offensichtlich. Ein Bypass hilft in der Medizin vor drohendem Herzinfarkt. Der Verkehrsinfarkt in Eberswalde wird »bekämpft«, indem die Bypässe entfernt werden.

Es erscheint so, als werde mit allen Mitteln angestrebt, möglichst viele Staus im Innenstadtbereich entstehen zu lassen, um so Argumente für den Bau der sog. »Umgehung« der B167 neu zur Hand zu haben. Alles top geplant.

GERD MARKMANN

Rekommunalisierung

Eberswalde (bbp). Die nächste Sitzung des Eberswalder Energieausschusses wurde auf den 9. Juni verschoben, teilte der Ausschußvorsitzende Götz Trieloff mit. Am gleichen Tag finde eine Klausurtagung zur Thematik »Rekommunalisierung« statt, zu der alle Stadtverordneten eingeladen seien. Klausurtagungen sind weder in der Kommunalverfassung noch in der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde definiert. Da die Einladung öffentlich erfolgte, sollten auch interessierte Bürgerinnen und Bürger zu dieser Klausurtagung willkommen sein.

Fragen an den Landrat

Kommunalverfassung mißachtet?

Eberswalde (bbp). »Die wesentliche Erweiterung des Unternehmensgegenstandes steht der Unternehmensgründung gleich«, heißt es in § 92 Absatz 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Nach Auffassung des Kreistagsabgeordneten vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde Albrecht Triller trifft dieser Umstand auf die Umfirmierung der Gesellschaft für Abfallbeseitigung (GAB) zur Barnimer Energiegesellschaft (BEG) zu.

Für diesen Fall schreibt die Kommunalverfassung in § 92 Absatz 3 vor, daß vor der Gründung respektive Umfirmierung »dieses Vorhaben in geeigneter Form öffentlich bekannt (zu) machen, verbunden mit der Aufforderung an private Anbieter, eigene Angebote vorzulegen (ist). Ist eine öffentliche Bekanntmachung ungeeignet, so sind in einer unabhängigen sachverständigen Wirtschaftlichkeitsanalyse Unternehmensgründung und potentielle Privatisierungsalternativen zu vergleichen und zu bewerten. Der örtlichen Industrie- und Handelskammer beziehungsweise Handwerkskammer ist im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereiches Gelegenheit zur Stellungnahme zu der beabsichtigten Gründung zu geben.«

Albrecht Triller hat nun für den Kreistag am 30. Mai Fragen eingereicht, »wann und wo die Umfirmierung der GAB in BEG bekannt gemacht wurde und wo diese Bekanntmachungen nach Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg erfolgte«. Weiter fragt er, welche privaten Anbieter wann und in welcher Form aufgefordert wurden, ein Angebot zur Erledigung dieser Aufgabe vorzulegen. Auch die Frage, wann die »notwendige vergleichende Wirtschaftlichkeitsanalyse von wem erstellt« wurde läßt der Kreistagsabgeordnete nicht aus. Denn mit der Umfirmierung sei eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für den Kreis verbunden. »Wann wurde welchem Gremium des Kreistages diese vergleichende Wirtschaftlichkeitsanalyse vorgelegt und erläutert?« Schließlich fragt er: »wann wurden IHK bzw. HWK in welcher Form zur Stellungnahme aufgefordert und wann wurden diese welchem Gremium des Kreistages vorgelegt?«

Landrat Ihrke habe darüber hinaus mitgeteilt, daß die Zustimmung der Stadt Eberswalde vorliege. »Ich frage Sie, wann wurde Ihnen die Stellungnahme der Stadt Eberswalde auf der Grundlage welches Beschlusses und Beschlußorgans der Stadt vorgelegt? Wie lautet diese Stellungnahme? Die Gesamtverantwortung für den Landkreis berücksichtigend frage ich Sie, gibt es eine Konzeption zum Aufbau des kreislichen Energieunternehmens Barnimer Energiegesellschaft mbH unter Beachtung des Zusammenwirkens und der Wechselbeziehungen der Kommunen mit dem Landkreis und zur Wahrnehmung der Energieversorgung als Daseinsvorsorge gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landkreises? Welches sind die wesentlichen Inhalte dieser Konzeption? Wann wird diese Konzeption in welchen Gremien des Kreistages beraten?«

Wer die Macht hat, hat Recht

Mein Widerspruch gegen den Beschluß des Kreistages zum Erwerb des HOKAWE (BBP 5/2012) wurde bisher abgeblockt. Wesentliche Rechtsmängel sind: die fehlende öffentliche Bekanntmachung, Angebote privater Anbieter oder unabhängigen sachverständigen Wirtschaftlichkeitsanalyse zu Unternehmensgründung und Privatisierungsmöglichkeiten, die Stellungnahme der IHK sowie eine Konzeption zum Aufbau des kreislichen Energieunternehmens Barnimer Energiegesellschaft (BEG).

Auf die Aufforderung, den rechtswidrigen Beschluß zu beanstanden, antwortete Landrat Ihrke: »Ich habe Ihre Vorwürfe geprüft. Der Beschluß ist rechtmäßig. Er kann daher nicht beanstandet werden.« In seiner Antwort versuchte Ihrke zu belegen, daß der geplante Erwerb des HOKAWE durch die zu gründende BEG rechtmäßig wäre. Aber der Widerspruch richtete sich gerade gegen die Gründung dieses Unternehmens. Darauf aufmerksam gemacht, daß seine Argumente einen falschen Bezugspunkt haben, antwortete er erst gar nicht.

Das Innenministerium des Landes Brandenburg, in Person des Herrn Lechleitner, das den Widerspruch parallel ebenfalls zur Prüfung zugesandt bekam, nahm die falschen Argumente des Landrates auf und sah keinen Grund für eine Beanstandung. Von mir darauf verwiesen, daß statt einer Prüfung nur die falschen Argumente des Landrates übernommen worden sind, erklärte Lechleitner: »Sehr geehrter Herr Triller, in Ihrer E-Mail vom 4. Mai 2012 regen Sie an, die Entscheidung über eine Beanstandung des Kreistagsbeschlusses LR 49/12 zu überdenken. Wie in meiner E-Mail vom 3. Mai mitgeteilt, wird die Kommunalaufsicht den Beschluß im Anzeigeverfahren nach § 100 BbgKVerf umfassend prüfen. Der Gesetzgeber hat dieses Verfahren Anfang

2012 eingeführt und damit das bis dahin geltende Genehmigungsverfahren mit dem Ziel der Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung abgeschafft. Dies führt dazu, daß Entscheidungen der Gemeindevertretungen und Kreistage ohne den Vorbehalt einer präventiven kommunalaufsichtlichen Rechtskontrolle umgesetzt werden können.«

Statt angesichts der in Frage gestellten Rechtmäßigkeit des KT-Beschlusses unverzüglich zu prüfen, begnügt sich das Innenministerium mit Hinweisen auf Rechtsbestimmungen. Inzwischen schafft der Landrat vollendete Tatsachen, die nicht mehr zurückgeholt werden können. Vor diesem Hintergrund habe ich im Kreisausschuß Fragen an den Landrat gerichtet, deren Beantwortung die Rechtslage deutlich offenbaren sollte. Da Ihrke an der Kreisausschußsitzung am 14. Mai nicht teilgenommen hat, habe ich diese Fragen auch zur Beantwortung im Kreistag am 30. Mai eingereicht.

Da zu befürchten bleibt, daß Ihrke auch im Kreistag ausweichende Antworten gibt, wurden die Abgeordnetenfragen durch einen Beschlußantrag an den Kreistag unterstützt. Die Fraktion BVB/Freie Wähler beantragte: »Der Kreistag beauftragt den Landrat die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses LR-49/12 auszusetzen, bis die Kommunalaufsicht den Beschluß im Anzeigeverfahren nach § 100 BbgKVerf umfassend geprüft hat.« In der Begründung wird ausgeführt, daß durch den Beschluß verhindert werden soll, daß der Landkreis durch die Umsetzung des möglicherweise rechtswidrigen Beschlusses LR-49/12 unumkehrbare Tatsachen zum Nachteil des Landkreises schafft. Landrat Ihrke muß durchaus damit rechnen, daß ein solcher Beschluß im KT Mehrheiten findet.

ALBRECHT TRILLER

Grüne mehrheitlich gegen HOKAWE-Kauf

Eberswalde (bbp). Nach der Zustimmung von zwei bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten für den Kauf des Eberswalder Holzkraftwerkes (HOKAWE) durch den Landkreis hatte es innerhalb des Barnimer Kreisverbandes der Partei kontroverse Diskussionen gegeben. Die gemeinsame Fraktion mit dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde zerbrach daran. Wegen seiner kritischen Beiträge war der ehemalige Stadtverordnete Dr. Andreas Steiner vom Kreisvorstand sogar aus der internen eMail-Diskussionsliste der Grünen entfernt worden (BBP 5/2012). Am 8. Mai trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. Die etwa 20 anwesenden Mitglieder beschlossenen mehrheitlich die Wiederaufnahme von Dr. Steiner in die Mailingliste und mahnten eine Verbesserung der internen Diskussionskultur an. Die Vorsitzende der Kreistagsfraktion Ute Krakau erläuterte ihre Gründe, die den HOKAWE-Kauf zu stimmen. Vorab hätten etwa

zehn Mitglieder des Kreisverbandes ihre Position unterstützt. Genauso viele allerdings hatten ihre Ablehnung bekundet. Die Mitgliederversammlung der Barnimer Bündnisgrünen votierte im Nachhinein anders. Eine große Mehrheit sprach sich gegen den Kauf aus.

Windpark in Bürgerhand

Zum Tag der Erneuerbaren Energien am 28. April wurde die Idee vorgestellt. Mitglieder der 2011 gegründeten Breydiner Eigentümergesellschaft GbR wollen den ersten Bürgerwindpark im Barnim ins Leben rufen. Er soll 20 Windkraftanlagen umfassen und durch eine dafür gegründete Energiegenossenschaft, die offen für alle Bürger ist, betrieben werden. Von der Gemeinde wird die Idee eines Bürgerwindparks unterstützt. Sie befaßt sich seit etwa andert-halb Jahren selbst mit dem Vorhaben, so Bürgermeister Peter Schmidt.

CHRISTINE SCHINK

Neuplanung mit altem Konzept

380-kV-Freileitungs-Trassenkorridor ist zu schmal und nicht akzeptabel

50 Hertz Transmission legt die Neuplanung bei der Querung Eberswaldes vor. Die Auslegungs- und Einwendungsfrist dauert vom 6. Juni bis zum 16. Juli 2012.

Die am 8. März 2012 in der Pressemitteilung von 50 Hertz Transmission angekündigte Freileitungsplanung der 380-kV-Leitung bei der Querung Eberswaldes ist kürzlich den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zugestellt worden. Nach einer ersten Durchsicht der Unterlagen kann man nur feststellen: Diese Neuplanung mit altem, veraltetem Konzept ist für die Anwohner und die Stadt nicht akzeptabel. Der gewählte Trassenkorridor ist einfach zu schmal für die Errichtung einer 380-kV-Freileitung.

Man kann nicht sagen, 50 Hertz hätte alle Einwendungen, die aus Eberswalde beim Landesbergamt eingegangen sind, bei der Neuplanung ignoriert. Die neue Trassenführung verzichtet auf die Querung des Stadtwaldes und des TGE und geht durch eine neue Trassenführung auf die Kritik der Gewerbetreibenden in der Angermünder Str. und der Coppistr. ein, aber die Forderung der Stadt, die 380-kV-Leitung als Erdkabel auszuführen wird mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt.

Der Stadt liegt inzwischen ein von ihr angefordertes Rechtsgutachten vor, aus dem hervorgeht, daß 50 Hertz sehr wohl im laufenden Planfeststellungsverfahren eine Erdverkabelung beantragen könnte. Rechtsgründe stehen dem nicht entgegen. Es fehlt allein am guten Willen von 50 Hertz Transmission.

Die neue 380-kV-Trasse folgt der alten 220-kV-Trasse. Die 220-kV-Freileitung wird zwischen den Masten 113 und 125 zurückgebaut und auf dieser Trasse soll die neue 380-kV-Freileitung errichtet werden. Damit ist die Überkreuzung und Mitnahme der 220-kV-Freileitung in Eberswalde nicht mehr notwendig, so daß auf die Errichtung eines Dreiebenenmasts (Nr. 246) verzichtet werden kann. Die Masten der neuen Freileitung (Zwei-Ebenenmaste) sind mit mehr als 45 Metern doppelt so hoch wie die der bestehenden 220-kV-Freileitung. Die Tatsache, daß Mast Nr. 264 ursprünglich als Dreiebenenmast mit einer Höhe von knapp 60 Metern geplant war, wird die Anwohner nicht zufriedenstellen, die durch

die Errichtung der neuen Masten einfach technisch überwältigt werden.

Die den Planungsunterlagen beigefügten Zertifikate belegen, daß die elektrischen und magnetischen Felder, die von der 380-kV-Freileitung ausgehen werden, unterhalb der Grenzwerte (100 Mikrottesla) der 26. Bundesimmissionschutzverordnung (26. BImSchV) liegen werden, aber eine Gesundheitsgefährdung kann damit nicht wirklich ausgeschlossen werden, denn die magnetischen Felder erreichen an den Rändern der Wohnbebauung noch Werte zwischen 0,85 und 0,37 Mikrottesla und es gibt epidemiologische Studien, die ein signifikantes Ansteigen der Rate der Leukämieerkrankungen bei Kindern bei 0,3 Mikrottesla nachweisen. Die 26. Bundesimmissionschutzverordnung ignoriert hier die Befunde der Forschung. Sie ist dringend novellierungsbedürftig. Dr. Oberfeld, der im Auftrag der betroffenen Kommunen und der Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat die »Uckermarkleitung« begutachtet hat, empfiehlt, um gesundheitliche Gefährdungen auszuschließen, einen Mindestabstand der 380-kV-Freileitung zur Wohnbebauung von 235 Metern. Auch die von 50 Hertz in den alten Planungsunterlagen zugesagten Mindestabstände der Freileitung zur Wohnbebauung von 100 bis 200 Metern werden bei der Querung Eberswaldes nicht eingehalten.

Deshalb besteht die Forderung nach einer Erdverkabelung der Leitung nach wie vor. Die Beschlußlage der Stadtverordnetenversammlung und die Stellungnahmen der Stadt sind hier eindeutig und klar.

Nicht über unsere Köpfe - keine Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

Einwendungen gegen diese Planung können in der Zeit vom 6.6.-16.6.2012 an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Inselstr. 26, 03046 Cottbus, geschickt werden. Möglichst viele Einwohner sollten dies tun.

HARTMUT LINDNER, Sprecher der Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat (und Wohngebiete)

Das Exempel

Immer wieder, wenn man nach Eberswalde kommt, kann man sich über beispielgebende Aktionen des baumlos Bauen in der Stadt freuen. Auf und vor dem Gelände einer großen Druckerei für Pappschachteln gegenüber des Holzhackschnitzelkraftwerkes fand dieser Tage eine gelungene, gut vorbereitete Holzung statt.

Anfang Mai, mitten im Trieb, bei dem das lästige Grünzeug seine ganze Kraft in frischen Zweigen und neuen Blättern vergeudet, wurde in kurzer Zeit eine recht ansehnliche Zahl von ihnen mit Stumpf und Stiel beseitigt und zu Schnitzeln zerhackt. Sämtliche Vögel und das andere lärmende und störende Viehzeug verließ fluchtartig, zumeist unter Verlust ihrer gefräßigen Brut das Gelände. Die größeren Wurzeln wurden umgehend ausgegraben und somit die lästigen Gewächse nachhaltig für die Energiegewinnung beseitigt.



Nun sieht man die Druckerei für Pappschachteln in ihrer ganzen modernen Schönheit. Dieser unverwechselbare Anblick der klaren kantigen, fensterlosen Hallen wird nicht mehr von Bäumen und Strauchwerk verdeckt. Welche Freude über dieses weithin sichtbare vorbildliche Industriebauwerk. Durch ihre besondere Lage an der stark befahrenen Umgehungsstraße wurde diese lehrreiche Holzung von vielen Menschen bemerkt und registriert.

Nicht nur Zeitpunkt, Geschwindigkeit und Gründlichkeit der Holzung sondern auch die rechtsstaatliche und korrekte Beteiligung der Waldschutz- und Straßenbau- sowie der Naturschutzbehörde sind beispielgebend und wegweisend. Wir werden diese vorbildliche Holzung und deren Genehmigung sorgfältig dokumentieren, in unseren Katalog der Maßnahmen des baumlos Bauen in der Stadt aufnehmen und im ganzen Land auf Vorlesungen ausführlich darüber berichten.

*LARS ZIEGLER,
Initiative baumlos Bauen in der Stadt (IbBis)*

Westend Gospel Singers am 23. Mai im KULTURBAHNHOF FINOW

Am Mittwoch, 23. Mai um 19.30 Uhr steht der KULTURBAHNHOF FINOW ganz im Zeichen des Gospel. Die Westend Gospel Singers unter Leitung von Pfarrer Hanns-Peter Giering haben in ihrem vollen Terminkalender einen Tag gefunden, um in Finow ihr unter die Haut gehendes Programm mit den Gästen zu feiern. Neben klassischen Liedern aus dem schwarzen Amerika lebt das Programm auch von musikalischen Neuheiten. »O happy day« – ein glücklicher Tag für alle, die dabei sein können.

Mittwoch, 23. Mai 2012, 19.30 Uhr: Westend Gospel Singers im Konzert KULTURBAHNHOF FINOW, Bahnhofstraße 32, 16227 Eberswalde

Karten unter: KULTURBAHNHOF FINOW Tel. 03334-2779628
Tourist-Info Eberswalde Tel. 03334-64520, Medieneck Eberswalde Tel. 03334-202013
Postfiliale Finow Tel. 03334-361704, Presseshop Schröter Finow Tel. 03334-353387

Amadeu-Antonio-Straße: Delegierung mißlungen

Eberswalde (bbp). Im April waren die Eberswalder Stadtverordneten einer klaren Entscheidung zur Amadeu-Antonio-Straße ausgewichen. Die Umbenennung wurde zu einem Auftrag an die Verwaltung umformuliert, »ein Konzept zu entwickeln, das einen Weg zu einer würdigen Erinnerung an Amadeu Antonio weist«. Die organisatorische Seite der Angelegenheit delegierten sie an den Kulturbeirat der Stadt, der im Mai dem Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration einen Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe, die unter Beteiligung der Verwaltung »sich mit der Erarbeitung eines Antirassismuskonzeptes befassen soll« unterbreiten sollte (BBP 5/2012).

Der Kulturbeirat tagte am 14. Mai und zeigte sich von dem Ansinnen überfahren und überfordert. Kriterien für die Auswahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe, für deren Anzahl und auch für die konkrete Aufgabenstellung der AG hatten die Stadtverordneten nicht vorgegeben. Der StVV-Beschluß vom April erwies sich so im Nachhinein als hilflose Alibientscheidung. Ein Antirassismuskonzept sei in der vorgegebenen Zeit nicht realisierbar, hieß es im Beirat. Mit Unterstützung externer Fachleute könne so ein Konzept vielleicht bis Ende 2013 vorliegen. Nun liegt die Verantwortung wieder in den Händen der Stadtverordneten. Zunächst muß sich der Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration positionieren. Der Ausschuß tagt am 22. Mai, wobei in der vorgeschlagenen Tagesordnung jeglicher Hinweis auf das Thema fehlt. Die Ausschußvorsitzende und der zuständige Dezernent haben den Auftrag der Stadtverordneten schlicht ignoriert.

Veranstaltungshinweis

Eberswalder Zustände Gestern und Heute

Eberswalde (bbp). Am 29. Mai gibt es zum Thema Amadeu-Antonio-Straße nach der Beratung am 30. April in Finow eine weitere Diskussion. Diesmal wird diese Veranstaltung vorrangig von den Initiatoren und Unterstützern des Umbennungsprojektes organisiert. Auch hier sind selbstverständlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Wie Florian Görnder namens des Kulturvereins »Palanca«, der Kampagne »Light Me Amadeu« und des Jugendbündnisses F.E.T.E. mitteilt, findet die Veranstaltung am 29. Mai, 18 Uhr, im *Freiraum Eberswalde*, Eisenbahnstr. 92 stattfinden. Sie firmiert unter dem Titel »Amadeu Antonio - Eberswalder Zustände Gestern und Heute«.

Bei dieser Veranstaltung, so Görner, geht es nicht nur um die Umbenennung an sich, sondern auch um alltagsrassistische Erfahrungen, die Betroffene immer wieder in Eberswalde machen und darum, was es in Eberswalde leider immer noch bedeuten kann, wenn man anderer Hautfarbe ist. Die Organisatoren freuen sich auf eine spannende Diskussion.

Gedanken zur Umbenennung

Was mich an dem bisherigen Geschehen um das Problem ärgert, ist das Verhalten der Grünen. Als an sie das Anliegen zur Umbenennung herangetragen wurde, hätten sie sich überlegen müssen, welche Probleme in dem Zusammenhang gelöst werden müssen: Information der in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vertretenen Fraktionen über das Anliegen, bevor es überhaupt in die StVV gebracht wird, Bürgerbeteiligung, die Beteiligung der betroffenen Firmen. Sie hätten sich informieren müssen, welche Auswirkungen eine Umbenennung hat und wie mögliche Probleme gelöst werden könnten.

Was mich besonders ärgert ist, daß der Kompromiß aus dem Sozialausschuß aufgekündigt wurde.

Eine Straßenumbenennung ist ein Symbol. Zum Inhalt, der tatsächlichen Einstellung gegenüber Ausländern, zum Rassismus der Bewohner sagt sie meines Erachtens nichts aus. Im Gegensatz zum Antirassismuskonzept, wenn es denn entsprechende Maßnahmen vorsieht, d.h. wenn es nachhaltig ist.

Ich habe den Eindruck, die Grünen haben das Ganze als formale Handlung aufgefaßt, die von der StVO durchgewinkt wird, weil sie berechtigterweise davon ausgegangen sind, daß sie mit einer antirassistischen, gegen Auslän-

derhaß gerichteten Vorlage offene Türen einrennen. Ich denke, jemand, der dem inhaltlichen Problem indifferent gegenübersteht, hätte der Umbenennung sofort zugestimmt. Daß es eine inhaltliche Diskussion gibt, kann doch auch als gutes Zeichen angesehen werden. Schade, daß sie im Nachhinein und unter den Augen der Medien stattfindet. Wegen des nunmehr landesweiten Aufsehens wird es m.E. als Abschluß der Diskussionen um die Umbenennung eine Amadeu-Antonio-Straße geben. Mit dem positiven Aspekt: Die Eberswalder haben sich Gedanken gemacht und die Umbenennung nicht formal durchgewinkt.

Sorgen bereitet mir die Bürgerinitiative gegen die Umbenennung. Sie vermengt meiner Meinung nach nicht miteinander vergleichbare Sachen. Ich habe mich deshalb nicht an deren Unterschriftenaktion beteiligt.

Sieger in der Angelegenheit wird es nicht geben. Meiner Meinung nach haben wir bereits alle verloren: die Grünen, durch unsachgemäßes Herangehen an das Problem der Umbenennung und ihre sture Haltung, Eberswalde insgesamt, weil die Außenwelt kaum nachvollzieht, was uns alle dabei bewegt und inhaltliche Diskussion mit Rechtsradikalismus gleichsetzt.

Dr. SIEGBERT KUSSEROW

Wann kommt die Amadeu-Antonio-Straße?

Irgendwie sind alle dafür, an Amadeu Antonio zu erinnern – aber kommen soll sie nicht, die Straßenumbenennung. Gegen Rassismus sind auch alle – aber reden will niemand drüber. Die Eberswalder StVV hat beschlossen, ein würdiges Erinnerung an Amadeu Antonio zur Diskussion zu stellen, nur möchten Eberswalder/innen dabei gleich noch an das eine oder andere Opfer von Gewalt miterinnern. Diese Opfer gehörten alle zur Gruppe der Autochthonen, Einheimischen, und wurde etwa »nach 1945 von sowjetischen Soldaten grundlos ermordet«. Den damaligen angolanischen Vertragsarbeitern wird zusätzlich aufgerechnet, wann und wo sie selbst aggressiv waren.

Ein kommunales Antirassismuskonzept soll her. Da ist Eberswalde anderen Städten voraus. Antirassistische Praxis orientiert sich an den Aufgaben, die die Zeit bietet. Da wäre die erste Aufgabe wohl zu analysieren, wo wir in Eberswalde stehen, auf alle Fälle erstmal mittendrin in Deutschland, in Ostdeutschland. Ein Perspektivwechsel böte sich an, denn die, die rassistische Ausgrenzung erfahren, würden gehört und könnten gestärkt werden.

Und dann wurde angeregt, daß sich ein Freudeskreis an den Heimatort von Amadeu Antonio wendet, um dort Hilfe zu leisten, quasi als Versöhnungsangebot. Die Mutter wohnt in Rocha Pinto, einem der vielen Armenviertel der angolanischen Hauptstadt Luanda. Lebensmittel sind sehr teuer. Finanzielle Hilfe ist



Hoffte auf eine Zukunft in Eberswalde: Amadeu Antonio.

willkommen, hat die Barnimer Kampagne Light me Amadeu erfahren.

Den Menschen in Angola insgesamt würde helfen, wenn Deutschland keine Waffen mehr nach Angola lieferte. Waffen für die Mächtigen halten bekanntlich die Armen in Armut und lassen die Demokratie verstummen.

Und vielleicht benötigen wir gar keine Amadeu-Antonio-Straße in Eberswalde! Wichtiger wäre, das Flüchtlingsheim aus Althüttendorf zurück nach Finow zu holen, wo es vor zwanzig Jahren ausbrannte. (Ein geeigneter Ort in Eberswalde wäre zu suchen.)

Eine Vielzahl von Flüchtlingen kommt aus verschiedenen Ländern Afrikas und sucht eine Zukunft in Deutschland. Und hat diese vielleicht in Eberswalde, so wie der Vertragsarbeiter Amadeu Antonio einstmal hoffte.

KAI JAHNS

Lesung gegen das Vergessen

Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Anna Seghers und viele andere Literaten sollten aus den Büchereien und Buchhandlungen für immer verbannt werden. Am 10. Mai 1933 wurden in Berlin und anderen deutschen Universitätsstädten Tausende von Büchern verbrannt. 131 Autoren standen damals auf der Liste des »undeutschen Geistes«.

An sie und ihre Literatur erinnerte die Veranstaltung »Lesung gegen das Vergessen« in der Bernauer Stadtbibliothek. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann hatte zur Lesung eingeladen, die Christine Poppitz moderierte.

Dagmar Enkelmann widmete sich Erich Kästner. In einem Essay berichtet er als Augenzeuge von der Bücherverbrennung auf dem Berliner Schlossplatz. Dominik Rabe, Schülersprecher der Gesamtschule Zepernick, zitierte Kurt Tucholsky – »Ein älterer aber leicht besoffener Herr«, der von seinen Studien der Wahlparteien erzählt. Ganz spontan entschloß sich der 90jährige ehemalige Lehrer Erich Wunsch, das Gedicht »Danach« von Kurt Tucholsky zu lesen, in dem die Frage beantwortet wird, warum »nach einem Happy end im Film gewöhnlich abjektivt« wird. Susanne Wendt vom Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit las Textpassa-

gen aus Stefan Zweigs Schachnovelle und der ehemalige Stadtverordnete Klaus Geißler rezitierte sowohl aus Lion Feuchtwangers »Jud Süß« als auch Bertolt Brechts Text »Die Bücherverbrennung«. Für Anna Seghers und eine Kurzgeschichte entschied sich Michaela Waigand aus der Bernauer Stadtverwaltung. Die MOZ-Redakteurin Sabine Rakitin las aus dem Erzählband »Der Feind« von Erich-Maria Remarque die Geschichte eines Soldaten des 1. Weltkrieges, der traumatisiert zurückkehrt.

Zum Abschluß rezitierte Silvia Pyrlík, Buchhändlerin, drei heitere Geschichten aus dem lyrischen Stenogrammheft von Mascha Kalékos. Erich Wunsch sprach in seinen abschließenden Worten den Wunsch aus, daß die Menschen viel öfter zu einem Buch greifen sollten und nie wieder die Verbrennung von Büchern zugelassen werden darf.

BÄRBEL MIERAU

Straßenumbenennungen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Nach der Wende verwandte die neue Stadtregierung unter Bürgermeister Dr. Hans Mai, getragen von einer Koalition aus SPD, FDP, Neues Forum und Grünen, nicht wenig Mühe, um den Machtwechsel auch auf den Namensschildern der Eberswalder Straßen festzuhalten. Eine Dokumentation:

StVV-Beschluß Nr. 16-103/91 vom 13.6.1991:

Antifaschisten allgemein:
 Wilhelm-Pieck-Straße in Eisenbahnstraße
 Hans-Beimler-Straße in Grabowstraße
 Ernst-Thälmann-Straße in Heegermühler Straße
 Anton-Saefkow-Straße in Bergerstraße

Eberswalder Antifaschisten:

Otto-Kracheel-Straße in Saarstraße
 Albert-Hannewahr-Straße in Drehnitzstraße
 (gleichzeitig Wegfall der Johannes-Diekmann-Straße)
 Georg-Bogedein-Straße in Schöpfungurter Straße
 Georg-Bogedein-Platz in Luisenplatz
 Karl-Becker-Straße in Steinfurter Straße

weitere Umbenennung:

Philipp-Zopf-Straße in Wilhelmstraße
 (Der Sozialdemokrat Philipp Zopf spielte in der Novemberrevolution von 1918 und bei der Abwehr

des Kapp-Putsches im Jahr 1920 eine entscheidende Rolle, vgl. BBP 4 u. 5/2010)
 Nikolai-Ernestowitsch-Baummann-Weg in Dr.-Zinn-Weg
 (N. E. Baumann war Lehrer an der Staatlichen Schule für Zirkuskunst der UdSSR. Sein Buch »Die Kunst des Jonglierens«, Moskau, 1962, erschien 1968, vom Zentralhaus der Kulturarbeit der DDR in Leipzig herausgegeben, auch in deutscher Sprache. Aus welchem Anlaß eine Straße in Eberswalde nach ihm benannt wurde, konnte nicht ermittelt werden)

StVV-Beschluß Nr. 26-216/92 vom 14.5.1992:

Ernst-Schneller-Straße in Alfred-Dengler-Straße

StVV-Beschluß Nr. 38-453/93 vom 22.4.1993:

Pauschale Umbenennungen im Max-Reimann-Viertel/Brandenburgisches Viertel.

StVV-Beschluß Nr. 50-945/98 vom 12.2.1998:

Hans-Ammon-Park in Weidendamm

Nicht herangetraut haben sie sich damals an jene Eberswalder Antifaschisten, die von den Faschisten ermordet wurden – von Hans Ammon im Falle des Ammon-Parks abgesehen. Karl Bach, Wilhelm Matschke und Fritz Pehlmann.

Weitere Umbenennungen gerieten dann wohl im Zusammenhang mit der Bürgermeisterabwahl von 1995 in Vergessenheit. Nach Walter Kohn, Karl Klay und Kurt Göhre sind weiterhin Straßen benannt. Auch die Straßen und Plätze die nach Karl Marx und Friedrich Engels, nach Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und August Bebel benannt sind, blieben ungeschoren. Auch die Clara-Zetkin-Siedlung heißt noch so. Dort gibt es auch noch die John-Scheer-Straße. Scheer wurde 1934 von den deutschen Faschisten ermordet.

In Finow behielten die nach Erich Weinert, Fritz Weineck, Heinrich Rau und dem im Kampf gegen Kapp während der Belagerung des Lichterfelder Schlosses durch Eberswalder Arbeiterwehren gefallenen Albert Brachlow benannten Straßen ihre Namen. Selbst an Franz Brüning, überzeugter »kommunistischer Visionär« aus Strausberg und nach dem Krieg zeitweise stellvertretender Landrat des Landkreises Oberbarnim, erinnert heute noch eine Finower Straße. In diesem Stadtteil gibt es sogar noch solche »DDR-Relikte« wie die Straße des Friedens und den Platz der Jugend.

Tag der Befreiung



Eberswalde (bfg/bbp). Am 8. Mai 2012 fand am sowjetischen Ehrenmal in Eberswalde die Kranzniederlegung anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus statt.

Die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. (BFG) Eberswalde hatten die Eberswalder zu dieser Gedenkveranstaltung eingeladen.

Die Kranzniederlegung wurde von vielen Bürgern genutzt, um den gefallenen Sowjetsoldaten mit Kränzen und Blumen ihren Dank zu bekunden. So der Bürgermeister Friedhelm Boginski, der stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der Vorsitzende Eckhard Schubert, der BFG-Vorsitzende Waldemar Hickel, Vertreter der Linkspartei, der SPD, der DKP und weitere Bürger, unter ihnen viele sog. »Spätaussiedler« des Vereins »Kontakt«, die mit ihren Kindern gekommen waren. Sie einte der Gedanke: Die Opfer werden nicht vergessen!

Freiwilligentag

Allen beteiligten AkteurInnen im Kiez mein herzliches Dankeschön für das zahlreiche, vielfältige und kreative Engagement anlässlich des Freiwilligentages 2012. Für den Freiwilligentag 2013 sollte eine zeitliche Entkopplung zum mittlerweile traditionellen Eberswalder Frühjahrsputz gelingen. Gleiches gilt für eine rechtzeitige Terminsetzung für beide Aktionstage. Für die aktiv Beteiligten ist es wenig hilfreich und motivierend, wenn die OrganisatorInnen sich anschließend medial an TeilnehmerInnenzahlen berauschen, um damit indirekt ihre Existenzberechtigung nachzuweisen.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher
 Brandenburgisches Viertel Eberswalde

Fax-Service eingestellt

Die Fax-Nummer der Barnimer Bürgerpost wird ab 1. Juli 2012 abgeschaltet, teilte der Betreiber mit. Künftig wäre ein Fax-Empfang über den Servicedienst nur noch in kostenpflichtiger Variante möglich. Die Fax-Nummer wurde zuletzt kaum noch genutzt. Der Fax-Empfang der »Barnimer Bürgerpost« wird daher ab 1. Juli ersatzlos eingestellt.

GERD MARKMANN,
 Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Im Trend: Backofenbau

Ein soziales Event

Wer baut was an der Zainhammermühle?

Brot backen wie zu Zeiten, als die Zainhammermühle noch klapperte am rauschenden Bach? Was soll das? Und wann, bitte, wird das Ding endlich fertig? Geht das nicht alles einfacher, effizienter, billiger?

Bestimmt. Aber die Backofengruppe der Mühle e.V. (Studierende der FH und Vereinsmitglieder) setzt auf »lange Teigführung« in mehrfacher Hinsicht. Viele der Materialien, die wir immer montags verbauen, haben wir nicht einfach gekauft und anliefern lassen. Statt dessen haben wir uns umgehört in Eberswalde und Umgebung. Auf welchen Industriebetrieben liegen die schönsten Backsteine? Wer hat Schamottsteine aus ausgedienten Kachelöfen? Auf welchen Bauhöfen liegen Pflastersteine und Bordsteinkanten? Und siehe da: Es funktioniert! Und je mehr wir herumfragen desto mehr kommt zurück. Sogar die Backofentür fertigt uns ein Schlosser an – aus reiner Sympathie. Nicht nur materiell sondern auch mit ihrer Arbeitskraft bringen sich interessierte Studierende und »echte« EberswalderInnen bei uns ein – zuletzt am Freiwilligentag, an dem munter verfugt und Erdreich aufgeschüttet wurde.



So existiert unser Holzbackofen in den Köpfen, lange bevor das erste Brot eingeschossen werden kann. Schon jetzt dient er als geselliger Treffpunkt und Lernort für Handwerk und Zwischenmenschlichkeit. Am Ende soll er uns auch ernähren und das Bewußtsein für Umwelt und Ernährung schärfen. Mit jedem gemauerten Stein wächst die Vorfreude darauf. Zurzeit bauen wir am Backraumgewölbe – dem Herz des Projektes.

Wer Lust hat, kann vorbeikommen und mitmachen – immer montags von 10 bis 16 Uhr auf dem Gelände der Zainhammermühle. Weitere Infos und Baupläne finden sich auf www.alnus-eberswalde.de/Inhalt/Sitemap/Projekte/Backofenbau/Backofenbau.html, aktuelle Termine auf www.hnee.de/Veranstaltungskalender/Veranstaltungskalender-K3099.htm

Aufgepasst! Am 22./23. Juni fahren wir in die Uckermark zum Brotbackseminar. Wer langfristig bei uns mitmachen will, kann mitkommen. Kostenlos. Bitte bei Glenn Rossow melden: oeph@pop.ms.

JENS KÖBER, Student HNEE (FH)

Ein rechtswirksamer Kringel

Ein Kringel reicht als rechtswirksame Unterschrift. Jedenfalls bei Verwaltungsgerichtsurlteilen in Brandenburg. Lehrerin, Ortsbürgermeisterin, Mutter, Betreiberin einer Wasseraufbereitungsanlage, Teilnehmerin an Protestmärschen und Hungerstreikaktionen, Teilnehmerin an einer Fahrraddemonstration von Damsdorf nach Brüssel, unerschrockene Kämpferin für das Menschenrecht auf Wasser und für sparsamen, nachhaltigen Umgang mit Wasser, Frontfrau und Galionsfigur der Brandenburger Bürgerbewegung für dezentrale Aufbereitung von Schmutzwasser, von der Polizei »ihres« Staates geschunden, geschlagen, verletzt – das alles ist Doris Groger aus Briesensee, aus Presse und Fernsehen bekannt, meist diffamiert als Abwasserrebellin.

Ein Rebell ist jemand, der sich gegen geltende Gesetze auflehnt, dagegen rebelliert. Genau das tut Doris Groger nicht. Sie glaubt nach wie vor unerschütterlich, daß sie, die sie stets gesetzestreu gehandelt hat, letztendlich auch vor Gericht obsiegen wird, eben weil alles, was sie tut, rechtens ist.

Nun jedoch hat ihr Glaube an das rechtmäßige Handeln deutscher Behörden und Gerichte einen tiefen Riß bekommen.

Alle behördlichen Maßnahmen gegen Doris Groger in den vergangenen Jahren stützen sich auf ein Verwaltungsgerichtsurteil vom 20.12.2004 – Az 6 K 821/01. Danach kann sie gezwungen werden, ihr Grundstück an die öffentliche Kanalisation anzuschließen. Maßgebend wäre die Satzung des Aufgabenträgers, hier des Amtes, als »höchstes Recht«. Doris Groger hat aber gar kein unterschriebenes Urteil!

Ein nicht unterschriebenes Urteil ist nichtig. Sie erhielt die Auskunft, daß nur die Urschrift des Urteils unterschrieben wird – und die ist in der Gerichtsakte! Das hat Doris Groger »geschluckt«. Unter Hinweis auf geltendes Landes-, Bundes- und EU-Recht und auf die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hat sie dieses Urteil trotzdem angefochten – ohne Erfolg.

Nun endlich, nach acht (!) Jahren, kam es zum Revisionsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in Berlin. Das war am 18.04.2012 von 13 - 17.30 Uhr.

Ihr Anwalt beantragte Akteneinsicht. In der Akte mußte ja das Urteil, das zur Revision anstand, in seiner Urschrift, natürlich unterschrieben und beglaubigt, zu finden sein. Das Gericht hat die Zustimmung zur Akteneinsicht zunächst verweigert, dann verzögert. Doch schließlich hat sich der Anwalt durchgesetzt.

Er stellte nun fest, daß die Akte unvollständig ist. Wichtige Dokumente fehlten einfach, die angeblich so wichtigen Satzungen auch das Urteil selbst, um das es ja ging. Die Oberverwaltungsrichter schafften das Urteil nun eilends herbei – woher auch immer. Und was stellte der Anwalt fest? Erraten! Das Urteil war nicht unterschrieben! Es fand sich nur ein »Krakel«, vornehmer ausgedrückt eine »Paraphse«, als Unterschrift nicht zu erkennen.

Natürlich blieb dem Anwalt nun nichts anderes übrig, als hierzu eine Rüge vorzutragen und darauf zu verweisen, daß das Urteil nichtig ist, es also gar kein Urteil gibt, das revidiert werden könnte.

Da hatte der Anwalt die Rechnung allerdings ohne die Richter gemacht. Die haben

nach eingehender Beratung flugs beschlossen, daß auch ein »Krakel« als Unterschrift gilt, wenn eine Justizangestellte »als Urkundsbeamtin« den Krakel als Unterschrift erkennt. Es muß also keine Unterschrift da sein und es muß das Ganze auch keine vereidigte Urkundsbeamtin beglaubigen. Und im übrigen geht das »Urteil« in Ordnung und wird nicht revidiert! Klage abgewiesen! Berufung wird nicht zugelassen!

Jedem juristischen Laien ist klar: Das kann nicht rechtens sein! Nur mit einer ordnungsgemäßen und beglaubigten Unterschrift kann ein Dokument wie ein Urteil gelten. Nur mit seiner Unterschrift übernimmt der Richter die Verantwortung für sein Urteil. Es handelt sich um die persönliche Verantwortung. Da gibt es nichts zu deuteln so kann man verbindliche Rechtsvorschriften auch nicht verbiegen. Jeder Laie weiß: Wenn er an ein Gericht schreibt, dann muß er seinen Brief unterschreiben, sonst wird er gar nicht angenommen. Gilt das etwa nicht für Richter?

Jeder, der eine »Ausfertigung« eines Urteils erhält, sollte prüfen, ob erkennbar ist, daß ein Richter auch wirklich unterschrieben hat. Wenn nicht – dann sollte er nachprüfen!

Folgerichtig hat der Anwalt nun angekündigt, daß er prüfen wird, ob hier ein Fall von Rechtsbeugung vorliegt.

Das Ergebnis dieser Prüfung steht zweifellos jetzt schon fest! Doris Groger weiß nun, daß sie von den Behörden und den Gerichten jahrelang belogen und betrogen wurde.

Nun wird klar: Auch der Polizeieinsatz – immerhin waren mehr als 20 Beamte Bundespolizei aufgeboden worden – zur Realisierung des Kanalanschlusses auf dem Weg einer Ersatzvornahme, RBB und ZDF haben berichtet, entbehrte jeder rechtlichen Grundlage und war damit rechtswidrig.

Doris Groger war immer klar, daß das so ist und hat – nach dem Abzug der Polizei – den Anschluß zurückgebaut. Zweifellos zurecht!

Nun dürfen wir gespannt sein, wie lange Doris Groger noch glaubt, in einem Rechtsstaat zu leben. Es wäre ihr und uns allen zu wünschen, daß der Rechtsstaat alles jetzt erforderliche tut, um diese Bezeichnung auch zu recht zu führen.

JOHANNES MADEJA

Eine geschönte Realität

Fotoausstellung »Impressionen zur Region Finowkanal«



Finowkanal mit Teufelsbrücke nahe der Messingwerksiedlung. An dieser Stelle fand zum zweitenmal der Flußbadetag statt. Doch die Idylle trägt...

Derzeit widmet sich eine Fotoausstellung im Familiengarten Eberswalde dem Finowkanal. Die Exposition »Impressionen zur Region Finowkanal«, die mit Zuschüssen aus der Eberswalder Stadtkasse unterstützt wird, kann noch bis zum 7. Oktober 2012 täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden.

Vorab: Eine Ausstellung über Deutschlands älteste künstliche, noch befahrbare Wasserstraße ist begrüßenswert, denn der Finowkanal hat eine solche Aufmerksamkeit mehr als verdient. Das Gewässer ist in vielfältiger Weise ein wertvoller Erholungsraum für Einheimische und Touristen sowie Heimat zahlreicher Tiere und Pflanzen. Leider erfüllt diese Ausstellung aber nicht den Anspruch an Facettenreichtum, gibt sie doch eine verzerrte, ja geschönte Darstellung der Wirklichkeit wider.

Neben den vielen Fotos einer scheinbar heilen Welt fehlen die anderen, häßlichen Bilder des Finowkanals: Solche mit aufgetürmten Schaumteppichen, Fäkalien- und Abwasserleitungen aus Rohren, schwermetallbelasteten Zuflüssen der Straßen- und Flächenentwässerung, Müllansammlungen und den vielen toten Fischen. Dazu gehört auch der faulige Geruch, der in Bildern nicht eingefangen werden kann. Somit leistet die unkritische Fotoausstellung – genauso wie der vom Barnimer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und dem Planungsbüro Flußkontakt alljährlich organisierte symbolischen Sprung in den Finowkanal zum Europäischen Flußbadetag – der Sache letztendlich einen Bärendienst, denn sie suggeriert der Öffentlichkeit, daß mit dem Gewässer alles in bester Ordnung sei. Nebenbei gesagt habe ich von den regionalen Grünen keine wesentliche Unterstützung meines Anliegen »Sauberer Finowkanal« erhalten, um gemeinsam mehr Druck auf die zuständigen Behörden auszuüben.

Offensichtlich scheint den unterstützenden Behörden die Zeichnung eines derartig diffe-

renzierten, jedoch realistischen Bildes des Finowkanals weder gewünscht noch gewollt zu sein, da ein solches in der Öffentlichkeit Unbehagen und Empörung hervorrufen und der ansonsten positiven Außendarstellung Eberswaldes und seiner Region nicht zuträglich sein könnte. Es könnte ja die Gefahr bestehen, daß die Verwaltungen dann unter zunehmenden Druck geraten würden, endlich etwas gegen die längst nachgewiesenen Wasserverschmutzungen zu unternehmen.

Umweltmaßnahmen zur Sanierung des Finowkanals werden sicherlich mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sein. Doch gerade hierfür sollten Fördermittel beantragt werden, die gut angelegtes Geld sind. Bürgermeister Boginski könnte sich als politischer Vorreiter für den Natur- und Landschaftsschutz sowie der Tourismusförderung profilieren und wieder einen Anlaß bekommen, sich – und diesmal zurecht – feiern zu lassen!

Für mich bedeutet die, wie die MOZ es nennt, »Liebe zum Kanal«, daß man sich für dessen Schutz und Erhalt einsetzt und Umweltprobleme ehrlich und konsequent anspricht und beleuchtet. Von allen Akteuren, die sich mit dem Finowkanal beschäftigen, sollten die offensichtlichen Probleme der Wasserverschmutzung nicht heruntergespielt, sondern zügig angegangen werden.

An den Organisator der Fotoausstellung, dem Eberswalder Hans-Jürgen Müller, hatte ich am 14.04.12 über die Kommentarfunktion der MOZ die Anfrage gestellt, ob es möglich wäre für die Ausstellung im Sinne einer ausgewogenen Darstellung ein Informationsblatt zu erstellen, welches das Thema Wasserverschmutzung und Vermüllung des Finowkanals behandelt. Auf eine Antwort von ihm warte ich heute noch. Scheinbar ist es so: Seitens der Organisatoren ist eine objektivere Darstellungsform wenig erwünscht.

Dr. ANDREAS STEINER

Gartenstadt Drewitz

Stadtumbau für Klima und Bewohner

Potsdam (b90/grüne). Stadtteile klimagerecht umzubauen, das heißt Grünflächen erhalten, Gebäude sanieren und den Energieverbrauch drosseln. Kommunen entwickeln zunehmend Gesamtstrategien für den energieeffizienten Umbau der Stadt(teile). Die »Gartenstadt Drewitz« in Potsdam wurde für ihr klimagerechtes Umbaukonzept im Rahmen des Bundeswettbewerbs »Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen« ausgezeichnet und als Modellvorhaben ausgewählt. Bewohnerinnen und Bewohnern brachten ihre Ideen in das Gesamtkonzept ein. Die Entwürfe umfassen die Stadtteilentwicklung, die Energieeffizienz, die Wohnungswirtschaft und die Finanzierung des Vorhabens. Drewitz soll noch attraktiver werden und günstigen Wohnraum vorhalten.

Wie kann der Umbau für Soziale Stadt Stadtteile, die mit Arbeitslosigkeit und sozialen Problemlagen zu kämpfen haben, eine Chance sein? Wie können die Lebensqualität, und der Zusammenhalt der Nachbarschaft gewinnen, wie die Energiekosten sinken und das Mietniveau im Rahmen bleiben? Welche politischen Rahmenbedingungen sind nötig?

Eine Stadtteilfehrung mit anschließender Diskussion zum Thema gab es am 11. Mai in der Gartenstadt Drewitz. Neben Daniela Wagner und Ute Koczny (MdB, B90/Grüne) nahmen der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes Lukas Siebenkotten, Professor Matthias Koziol von der Technischen Universität Cottbus und die Parlamentarische Geschäftsführerin der Bündnisgrünen im Landtag Brandenburg Marie-Luise von Halem teil.

»Fair frühstücken«

Eberswalde (sast). Im April und Mai fand die internationale Kampagne Fairtrade Frühstück statt. Gemeinsam mit Initiativen weltweit rief der »TransFair e.V.« Akteure in der BRD auf, Frühstücke mit Fairtrade-Produkten zu veranstalten. So soll den Produzentenfamilien im globalen Süden mehr Gehör verschafft und ein Zeichen für mehr Fairen Handel gesetzt werden. Ein Frühstück gilt dann als fair, wenn mindestens drei Fairtrade-Produkte verwendet werden. Auch Sabine Stüber (MdB, DIE LINKE) beteiligte sich an der Aktion und lud am 16. Mai im Lesecafé in ihrem Eberswalder Wahlkreisbüro in der Breiten Straße 46 zu einem kostenlosen gemütlichen Frühstück mit fair gehandelten Produkten. »Viele der Produkte, die wir täglich konsumieren, kommen aus weit entfernten Regionen unserer Welt, z.B. Kaffee. Viele Menschen, die in Afrika, Asien oder anderen Regionen der Erde für uns Lebensmittel produzieren, tun dies oft unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Auch Kinder werden häufig bei der Ernte eingesetzt«, betont Sabine Stüber. Dagegen wollte sie mit dem Fairen Frühstück »ein Zeichen setzen und die Menschen wachrütteln«.

Das Deutschland von 1914

Von der europäischen Konföderation zum Weltreich

Neuer Aufsatzband zu dem Deutschland von 1914, Kriegs (Friedens-)zielen, dem neuen Reich von 1916, dem geistigen Überbau hinter dem Krieg, der Weltsicht in Weltreichen, dem Bündnis mit 400 Mill. Chinesen und dem wahren Grund des Reichkanzlers, in den Stunden und Tagen zwischen dem 28. Juni und 5. Juli 1914. Da fiel, im Arbeitszimmer des Reichskanzlers in Hohenzollern, seine persönliche Entscheidung. Das Memento mit Riezler auf der Schloßterrasse ist lediglich ein Nachklapper nach den in Berlin stattgehabten Gesprächen mit Hoyos, Szögyényi etc. – und dazu auch nicht authentisch, wie Dr. Bernd F. Schulte detailliert aus den Bruchstücken der Riezlerschen (Erdmannschen) Überarbeitung der originalen Tagebücher XXXa und XXXb vom Juni und Juli 1914 (vgl. Weltmacht durch die Hintertür, Briefwechsel Th. Heuß mit Th. Stolper) rekonstruiert hat (auch: »Rückbesinnen und Neubestimmen« und hier).

Ob Deutschland aus Furcht und Verzweiflung oder infolge eines Plans in den Ersten Weltkrieg geriet, ist noch umstritten. Ob Wirtschaft, Rüstung oder Polykratie und innerer sozialer Konflikt dafür dann verantwortlich zeichneten, ebenfalls.

Heute, 100 Jahre danach, ähneln die Problemlagen unserer Zeit denen von 1914. Ein großer Wurf, ein übergreifendes Bild von Rang und Bedeutung des Deutschen Reichs in der Zukunft, scheinen, nach den Ausführungen des engen Beraters Bethmann Hollwegs, des Universalhistorikers Karl Lamprecht (Leipzig), existiert zu haben. Damit ist den politisch Verantwortlichen zumindest nicht vorzuwerfen, sie wären orientierungslos auf dem Felde der internationalen Politik jener Zeit herumgetaumelt.

Es schält sich heraus, daß der eigentliche Gegner des Reichs England war. Dessen war sich der Kanzler von Anfang an bewußt. Es bleibt dennoch die Grundlinie deutscher Politik – Weltmachtstreben plus kontinentale Hegemonie – bis 1914 unverändert. Ebenfalls die Hoffnung auf eine Neutralität des Inselreichs – im Falle des zentraleuropäischen, militärischen Clashes – eine optimistische Variation, die aber der Kanzler, schon im April 1913 (Geh. Reichshaushaltskommission) als für wenig wahrscheinlich erklärte.

Auch zeigt sich am Beispiel Belgien, das Lamprecht für Bethmann Hollweg (vor dem Hintergrund der Kriegszielentwürfe) explorierte, daß die europäischen Staaten, seien es Verbündete oder aber Kriegsgegner, erst nach einer entscheidenden Niederlage Großbritanniens bereit waren, sich einem neuen Deutschen Reich der Zukunft anzuschließen, sei es assoziiert oder im Rahmen einer wirtschaftlichen und (oder) politischen Konföderation. 1914 war sicherlich nicht das Wunschdatum Berlins für eine derartig tiefgreifende Entscheidung. Aber der fortschreitende Verfall Österreich-Ungarns, der zunehmende finanzielle Belastungen der Reichsfinanzen, verbunden mit einer heraufziehenden Rezession, mit sich brachte, ließ das Schreckbild eines ohne Bündnispartner zum Rückzug gezwungenen Reichs entstehen.

Große Fragen, die letztendlich mit dem Entschluß zum Schlachtflottenbau von 1891 im Kieler Schloß, zwischen Kaiser Wilhelm II., Bülow und Tirpitz, entstanden. Heute steht Europa in der Opposition zu den USA, die ein vereintes Europa als Weltmachtaspirant fürchten. Finanzkrise und Euroschwäche rütteln an der einzigen, wirtschaftlichen Basis dieser Europäischen Union. Ein Zweibund mit den USA bildete in dieser Hinsicht sicherlich eine Lösung auf Jahrzehnte. Notfalls zunächst unter

Verzicht auf eine politische Führungsrolle Europas in der Welt von Morgen.

Also wieder eine Parallele zu den Entscheidungen Bethmann Hollwegs gegen Ende des Monats Juni 1914.

Dr. BERND F. SCHULTE

Dr. Bernd F. Schulte, Schüler Fritz Fischers, hat nach fünf Jahren Bundeswehr Geschichte in Würzburg (Peter Baumgart), München (Laetitia Boehm) und Hamburg studiert. Seine Erfahrungen als Zeitoffizier, flossen in die Darstellung der Friedensarmee vor dem Ersten Weltkrieg ein. Die Auseinandersetzung mit den Ursprüngen dieser Katastrophe führte ihn, an der Bundeswehrhochschule Hamburg, zur Untersuchung des Entscheidungsprozesses in Berlin Ende 1912. Hieraus entstanden, nach Jahren bei Fernsehen und Film, weitere Arbeiten zu dem System der Krisenkonferenzen im Kaiserreich und der Frage nach dem übergeordneten Verhältnis von Politik und Militär im Kaiserreich. Er führte 1982/83 u.a. die Kontroverse um die Echtheit der Riezler Tagebücher fort. Er gibt die Internetzeitung Extra Blatt (www.forumfilm.de) und die Hamburger Studien zu Geschichte und Zeitgeschehen heraus.

Bernd F. Schulte
Das Deutsche Reich von 1914
Europäische Konföderation und Weltreich

Dr. Schulte. Hamburger Studien zu Geschichte und Zeitgeschehen. Reihe II, Band 2
Copyright (C) 2012 Dr. Schulte

Handbuch für basisdemokratisches Handeln

Das Schweizer Modell, demnächst auch in Deutschland? Das neu erschienene »Handbuch für basisdemokratisches Handeln« soll den Weg in eine Basisdemokratie ebnen. Wahlen und die absolutistische Alleinherrschaft der Politiker sind nicht das Ende der Demokratie. Das Land drängt nach Volksabstimmungen und will die Politik endlich in die Pflicht nehmen. Im ersten erfolgreichen Jahr der Piraten wird dieses Handbuch sicher einen guten Beitrag für die basisdemokratische Politik der Piraten leisten.

Dieses Handbuch liefert den aufblühenden Ideen der Basisdemokratie ein Konzept für die Praxis. Gefordert wird die Öffnung der parlamentarischen Demokratie hin zu einer Basisdemokratie. Die Bevölkerung soll über Volksabstimmungen den Organen des Staates die Aufgaben und Aufträge zuweisen. Hierzu sollen zukünftig die Volksabstimmungen gemäß Artikel 20 (2) des Grundgesetzes eine unmittelbare gesetzgebende Wirkung besitzen.

Mit dem hier vorgestellten Modell werden Regelungen gefunden, die die modernen Techniken der Gesprächsmoderation zur Anwendung bringen. Alle Mandatsträger werden zu weisungsgebundenen Beauftragten der Basis.

Die Basisdemokraten schreiben für alle Beauftragten die jederzeitige Abberufbarkeit, Rechenschaftspflicht und Öffentlichkeit aller Be-

ratungen fest. Die Öffentlichkeit für alle demokratischen Vorgänge ist ein muß. Denn die Basis trägt die Verantwortung. Sie will und muß für ihre Entscheidungen informiert sein.

Gedacht ist diese Schrift als ein schlüssiges Modell, das eine basisdemokratische Gesellschaft nicht nur fordert, sondern erstmalig auch mit einem gut durchdachten Konzept anschaulich beschreibt. Sollte dieses Konzept verwirklicht werden, so halten wir dieses dafür geeignet, die parlamentarische Demokratie in eine Basisdemokratie umzuwandeln.

Doch auch die Wirtschaft mit ihren Wirtschaftsbetrieben und Konzernen ließe sich nach diesem Konzept erheblich straffer und mit flachen Hierarchien organisieren. Im günstigsten Fall könnte sogar ganz auf Hierarchien verzichtet werden.

Für alle freien Demokraten in Deutschland ist dieses Handbuch eine gute Einführung in das basisdemokratische Modell. Denn es zeigt den Demokraten, was Demokratie in Wirklichkeit ist und führt selbst die Liberalen zurück an die Ursprünge ihrer eigenen Bewegung.

Das Handbuch wird über die-basisdemokraten.de kostenlos zum Download angeboten oder kann dort per eMail als Broschüre bestellt werden.

JÜRGEN MANNECK

Anmerkung:
Unter dem Pseudonym Darwin Dante veröffentlichte Jürgen Manneck in den 90er Jahren seine Theorie einer massiven Arbeitszeitverkürzung unter dem Titel »Fünf Stunden sind genug« (vgl. »Der Linke Eberspiegel« 5/1994)

Der Erste Mai 2012 in Eberswalde

Eberswalde (bbp). In der Kreisstadt Eberswalde gab es in diesem Jahr zum Ersten Mai zwei politische Veranstaltungen. Nachdem die Gewerkschaften erklärt hatten, ihre zentrale Maiveranstaltung im Barnim in Bernau durchzuführen, hatten zunächst die LINKEN angekündigt, am Nachmittag des Maitages gemeinsam mit dem Eberswalder Arbeitslosenverband eine Diskussion im Glasvorbau des Landratsamtes zu organisieren. Allerdings bestand seitens der LINKEN keinerlei Interesse, andere zu beteiligen oder auch nur deren Präsenz zuzulassen (BBP 5/2012).

Nachdem dies klar geworden war, organisierte die Oberbarnimer DKP-Gruppe im Verein mit der regionalen Leserguppe der Zeitschrift »Rotfuchs« und einigen LINKEN, die mit der Abgrenzungspolitik ihres Stadtvorstandes nicht einverstanden waren, binnen einer knappen Woche eine alternative Erste-Mai-Kundgebung mitten auf dem Eberswalder Marktplatz. Die Organisatoren traten unter der Bezeichnung »Aktionsbündnis Links« auf. Somit gab es in diesem Jahr zwei Erste-Mai-Veranstaltungen in Eberswalde.

Die Kundgebung des Aktionsbündnisses Links begann offiziell um 10.30 Uhr und dauerte bis 14 Uhr. Dem schloß sich von 15 bis 17 Uhr die Diskussionsrunde der LINKEN und des Arbeitslosenverbandes an.

Gemessen an den 150 bis 200 Teilnehmern der vom DGB mit Unterstützung der LINKEN, der SPD, der Teilgewerkschaften und auch jenen, die sich 2012 im »Aktionsbündnis Links« vereint hatten, können letztere ihre Mai-Veranstaltung 2012 als großen Erfolg bewerten.

Ein politischer Entertainer

Andrej Hermlin zu Gast bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann«

Fast zwei Stunden politische Unterhaltung im besten Sinne waren am Sonntag (29.04.) bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann« in Bernau zu erleben. Sie hatte sich den Musiker und Bandleader Andrej Hermlin eingeladen, der mit seinem »Swing Dance Orchestra« und der originalen Swing-Musik der 20er und 30er Jahre seit Jahren erfolgreich unterwegs ist. Aber es ging nicht nur um Musik.

Hermlin, Jahrgang 65, bekam auch Gelegenheit, über seine privilegierte Zeit als Sohn des berühmten DDR-Schriftstellers Stephan Hermlin zu erzählen. In der Schule sei er, so Hermlin, wegen seiner Möglichkeit, in den Westen zu reisen, erst ein Außenseiter gewesen, später wollten aber vor allem die Mädchen Postkarten von ihm vom Lago Maggiore oder aus Paris. »Furchtbar viel« habe er unter seinem Sonderstatus nicht gelitten. Die wirklich zu leiden hatten, war ja die anderen, die nicht reisen und die Welt sehen durften, bekannte er freimütig.

Andrej Hermlin zeigte sich hier wie bei anderen Themen als scharfsinniger und zugleich äußerst unterhaltender Erzähler, der den gut

Auf dem Höhepunkt hatten sich zwischen 11 und 12 Uhr etwa 50 Menschen um die Stände des Aktionsbündnisses und ihrer Gäste versammelt, zu denen neben den jungen Leuten der »Zonenboys«, die für Bratwurst und Getränke sorgten, auch die »Barnimer Bürgerpost« mit ihrer »Bücherkiste« gehörte. Die Resonanz des Bündnisses kleiner »Splittergruppen« (MOZ) erreichte damit ein Viertel bis ein Drittel dessen, was die Gewerkschaften in den Vorjahren mit Unterstützung der großen Parteien DIE LINKE und SPD und mit dem Engagement ihrer Hauptamtlichen unter z.T. hohem finanziellen Aufwand mobilisieren konnten.

Eine ganze Reihe weiterer Besucher schaute zwischen 11 und 14 Uhr kurzzeitig an den Ständen vorbei, verwickelte die Standbetreuer in zum Teil sehr interessante politische und philosophische Gespräche, nahm Infomaterialien mit oder schlich sich zum Teil verstohlen, aber dennoch neugierig, an der Kundgebung vorbei.

Die Diskussion der LINKEN und des Arbeitslosenverbandes hinter dem Glas des Landratsamtsvorbau zum Thema »Von Arbeit leben (können)« lockte ebenfalls rund 50 Besucher an. Die Außenwirkung beschränkte sich auf einen Aufsteller rund 15 Meter vor der Tür, mit dem auf die Versammlung hingewiesen wurde.

Insgesamt folgten in Eberswalde rund 100 Menschen den Aufrufen zum Ersten Mai. In Bernau waren es nach Angaben der lokalen Tageszeitung etwa 150. Die Kneipentour am Vorabend lockte deutlich mehr Leute an, was die Frage aufwirft, ob Inhalte und Form des politischen Ersten Mai einer Reform bedürfen.

besuchten Treff 23 mit einer Vielzahl von Geschichten beglückte. So habe sich Erich Honecker, der gelegentlich und später immer seltener bei seinem Vater anrief, einmal beschwert, da sei schon wieder jemand Drittes in der Telefonleitung. Dabei habe Honecker das Abhören des Hermlinschen Anschlusses persönlich angeordnet.

Trotz allem Entertainment – bei einem Thema kennt Andrej Hermlin kein Pardon: Antisemitismus. Natürlich sei Kritik am Staate Israel nicht verboten, sagte er, aber für die Beurteilung Israels müßten die gleichen Regeln gelten wie für jedes andere Land. Scharfzüngig legte Hermlin die gängigen Muster, mit denen noch heutzutage der Holocaust – teilweise auch in der LINKEN – relativiert wird, bloß. Hermlin, selbst Mitglied der LINKEN, hegt erkennbar wenig Hoffnung, daß sich an diesen Tendenzen in Deutschland noch etwas grundlegend ändert. Hermlins Ablehnung deutscher Überheblichkeit ist sicher auch ein Grund, warum er sich in Kenia, der Heimat seiner zweiten Frau, mittlerweile zu Hause fühlt. **BÄRBEL MIERAU**

Für Basisdemokratie

In Anbetracht der aktuellen Situation in Eberswalde und im Umland erschien es uns als wichtig und angebracht, auf dem Eberswalder Marktplatz eine eigenständige Maifeier zu veranstalten. Der Erste Mai ist der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse.

Wir fordern ein Ende des Krieges der Bundesrepublik in Afghanistan und den sofortigen Rückzug der Bundeswehr. Keinerlei Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, die ohnehin nur der Sicherung der Interessen des Finanzkapitals dienen. Wir wenden uns gegen Rüstungsproduktion und -export. Die progressiven Entwicklungen in den lateinamerikanischen Staaten, wie Kuba, Venezuela, Bolivien, Nicaragua und weitere, die in dem Block »ALBA« vereint um ihre Unabhängigkeit von den USA kämpfen, findet unsere Unterstützung. Wir fordern friedliche Handelsbeziehungen mit China, Rußland und besonders den Nachbarstaaten in Europa.

Der Finanzkrisenkapitalismus ist ein unbrauchbares Mittel zur Herstellung eines friedlichen vereinten Europas. Weg mit dem Fiskalpakt und den Steueroasen. Schluß mit der Unterstützung der riesigen Banken und Versicherungen. Umverteilung von »oben« nach »unten« – nicht umgekehrt. Entmachtung der Großbanken und Überführung in die Hände des Volkes. Solidarität mit den Arbeitern in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

Uns sind aber auch die Brennpunkte in der Region alles andere als gleichgültig.

Unsere Solidarität und Unterstützung gilt den Mitarbeitern im Forßmannkrankenhaus. Ebenso unterstützen wir die aktuellen Kämpfe der Metallarbeiter. Wir fordern Hilfe für die Betroffenen von Insolvenzen und Arbeitsplatzabbau, auch als Folge sogenannter Reformen. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten im Walzwerk Finow, in der Solarindustrie und auch in Forst und Polizei.

Wir wollen Aufklärung über die Verwerflichkeit des HOKAWÉ-Kaufs in einem Kreis, der sich in einer »nachhaltigen Entwicklung« befinden will. Der Bau der 167 neu bringt keine Lösung, sondern neut Verkehrsbelastungen in der Stadt. Weitere Themen, denen wir uns widmen ist die völlig unzureichende Seniorenpolitik im Kreisgebiet betreffs Betreuung, Einkaufsmöglichkeiten, steuerliche Belastungen, Abgaben für Wasser, Energie, Straßenbau, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir wollen gute Bildung für die Kinder aller Schichten unter Vermeidung langer Wege, geringer Freizeitangebote und Lehrer- und Erziehermangel.

Nur in einer Region, in der die basisdemokratischen Rechte und Zufriedenheiten der Bürger beachtet und umgesetzt werden, wird es keinen weiteren Bevölkerungsschwund geben, nur dann kann sich ein lebendiges Land entwickeln, in dem sich die Menschen wohlfühlen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
DKP-Gruppe Oberbarnim

Pastorales

Zuletzt war Peter Hintze Berater Christian Wulffs, der ihn, als die »präsidiale Würde« sich schon verflüchtigte, bestellte. Hintze focht eifern und geifernd für sein Herrchen, was ihm in den jeweiligen Talk-Runden Spott und Hohn, aber auch Mitleid einbrachte. Obwohl der gelernte Pastor als Typ eines Politikers gilt, in dem sich Unbedarftheit, Geschwätzigkeit und bodenloses Selbstvertrauen vereinen, wird er gern genommen, wenn irgendwo ein Pöstchen vakant und einer gebraucht wird, der weder stört noch durch eigene Ideen auffällt.

Als CDU-Generalsekretär wurde er geschafft, weil, so wurde im Umfeld des damaligen Kanzlers gemunkelt, weder sein »geistiges Potential« noch seine »Ausstrahlung« den Anforderungen genügten. Danach gastierte der schwarze Peter in verschiedenen Ämtern als Fraktionsvize da und Regionalfunktionär dort und hatte auch was mit Luft- und Raumfahrt zu tun, wozu ihn vor allem früher mal gehaltene Predigten zu Christi Himmelfahrt prädestinierten. Zweierlei wird deutlich. Der Mann muß eine teuflische Angst davor haben, in seinen ehrbaren Beruf zurückzugehen, denn anders ist nicht zu erklären, daß er, zur Witzfigur verkommen, lammfromm und bedenkenlos »Politiker« bleibt. Und – es kann um die Kaderreserve der CDU nicht zum besten stehen, wenn einer, der die Pofalla-Grenze noch unterschreitet, unersetzbar ist.

Zu vermuten war, daß Hintze nach dem Debakel des Christian Wulff, dem er bis fünf nach Zwölf in Nibelungentreue verbunden blieb, für einige Zeit das Maul halten würde. Weit gefehlt. Als ihm unlängst eine Redakteurin des Deutschlandfunks ein Mikro unters Kinn hielt, biß er sofort zu und ließ sich befragen. Zur Lage der CDU in NRW. Auf eine eher banale Frage – es ging um die baldigen Landtagswahlen – antwortete Hintze geräuschvoll, aber glatt am Kern des Erfragten vorbei. »Sie haben meine Frage nicht beantwortet, deshalb hak ich nochmal nach...« (Reporterin). »Sie vom Deutschlandfunk haben das Recht, mich zu fragen, aber ich habe das Recht zu antworten, was ich will...« (Hintze).

Schöner hätte das Erich Honecker auch nicht formuliert.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Rassistischer Angriff

Eberswalder (bbp). Der 20. April war für etwa 15 bis 20 Personen ein Anlaß zum Feiern. Sie realisierten das am Abend des Tages auf dem Kirchhang am Marktplatz zwischen Maria-Magdalenen-Kirche und Kreishaus. Wie die Koordinierungsstelle für Toleranz Eberswalde (www.toleranzeseberswalde.de) mitteilt, wurden aus dieser feiernden Gruppe heraus drei vorbeigehende Passanten, darunter ein Deutscher mit schwarzer Hautfarbe, angegriffen und verfolgt. Dabei wurde der Schwarze mehrmals ins Gesicht geschlagen.

Zehn Jahre Wanderfalken

oder Wie alles begann.... 832 Veranstaltungen mit 18439 Gästen

Am 6. Mai 2002, vor zehn Jahren, begann Bernd Müller aus Bad Freienwalde mit geführten Wanderungen. Zehn Jahre hört sich nicht viel an. Wenn man aber bedenkt, das innerhalb der zehn Jahre statistisch gesehen an fast jedem vierten Tag eine Veranstaltung von Bernd Müller aus Bad Freienwalde durchgeführt oder organisiert wurde, sieht man es vielleicht doch etwas anders. Aber wie kam es dazu?

Bereits seit Kindertagen wurde Bernd Müller durch seine Eltern und durch Kurt und Erna Kretschmann an die Liebe zur Natur herangeführt. Durch eine Krankheit der Hüfte im vierten Lebensjahr war das Wandern mit seinen Eltern aber oft mit Schmerzen und dadurch für ihn nicht unbedingt mit Spaß verbunden. Erst 1997 wurde er bei einer Tour durch das Elbsandsteingebirge wieder vom Fieber des Erkundens von Natur und Kultur erfaßt. Doch zu diesem Zeitpunkt war noch lange nicht an von ihm geführte Touren zu denken.

Alles begann im Jahre 2001 durch eine Gruppe von Naturfreunden aus dem Schwäbischen, mit der er zufällig ins Gespräch kam und die ihn bat, einige interessante Sehenswürdigkeiten der Region zu zeigen. Schnell wurde klar, daß man die gleichen Interessen hatte und es wurde eine Erkundungswoche daraus.

Nachdem Bernd Müller nun erfahren hatte, wie unterhaltsam und wertvoll es ist, die Natur und Kultur gemeinsam zu entdecken, sann er auf eine Möglichkeit, wie man gemeinsam Unternehmungen mit Menschen aus der Region starten könnte.

Eine Tour mit Horst Sander in das »Tal der Liebe« inspirierte ihn ebenfalls. Irgendwann war er dann soweit und er veröffentlichte in der Märkischen Oderzeitung folgenden Hinweis: »Geführte Wanderung am 4. Mai 2002 an der Ahrenskehle«. Wieviele damals wirklich kamen, vermag er heute nicht mehr sagen. Nur daß es am Anfang oft sehr wenige waren. Einmal war zum Beispiel am Ausgangspunkt nur eine Patientin der Fachklinik Moorbad zur Wanderung erschienen. Dann ging es eben zu zweit los. Der Patientin schien es gefallen zu haben, denn Jahre später, als sie wieder in Bad Freienwalde zur Kur war, nahm sie wieder an einer Wanderung ihres, wie sie sagte, »persönlichen Wanderleiters« teil.

Der Name »Wanderfalken« für die Wanderbewegung wurde bei Recherchen in alten Unterlagen als bereits früher in der Region vorkommend entdeckt. Aus versicherungstechnischen Gründen schloß man sich dem NABU-Oberbarnim an, mußte aber von Anfang an sehen, das sich die Sache finanziell selbst trägt, denn damals wie heute konnte man mit finanzieller Unterstützung so gut wie nie rechnen. Im Frühjahr 2004 kam dann Nicole Müller-Wiede aus Eberswalde dazu und bereicherte die Veranstaltungen ungemein. Die Veranstaltungen bekamen eine ganz neue Qualität und Bernd Müller wurde in mancherlei Hinsicht entlastet. Allein ihr selbstgebackener Kuchen ist schon erwähnenswert.



Kurt Kretschmann und Bernd Müller

Anfang 2005 wurde Bernd Müller auf die NaturFreunde Internationale aufmerksam. Er las sich in die hundertjährige Geschichte ein und stellte fest, das hier viele gemeinsame Ansätze zu verzeichnen sind. Auch erfuhr er, das es bereits vor dem 31.7.1933 im Oberbarnim NaturFreunde-Ortsgruppen gab. So gründete er im März 2005 gemeinsam mit Nicole Müller-Wiede und einigen anderen Stammwanderern die Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland/»Die Wanderfalken« e.V. in Falkenberg/Mark.

Auch nach der Vereinsgründung war und sind die Veranstaltungen der NaturFreunde offen für alle. In den zehn Jahren wurden immerhin 832 Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, welche von 18.483 Gästen besucht wurden. »Ein wenig stolz bin ich schon darüber, doch am schönsten ist für mich immer noch einfach Mensch unter Menschen zu sein in herrlicher Natur« so Müller.

Unverständlich war für Bernd Müller, daß er vom Anfang bis heute nur sehr wenig Unterstützung seitens der Stadt Bad Freienwalde fand, wo doch seit Jahren so viel über den Tourismus gesprochen wird. Da er befürchtet, daß der mangelnde Nachwuchs unter den Gästeführern einmal Probleme bringen wird, versucht er selbst Nachwuchs auszubilden.

Die »Geburtstagsfeier«, zu der die NaturFreunde um Bernd Müller alle ehemaligen, aktiven und vielleicht künftigen Wander- und NaturFreunde eingeladen hatten, fand am 6. Mai in der Köhlerei in der Sonneburger Straße in Bad Freienwalde statt. Neben Kaffee, Kuchen und zünftiger Musik mit Klaus Schluchter und Renate Adrian gab es selbstverständlich einen kleinen Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre.

Die NaturFreunde Deutschlands,
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

Theater als Bedürfnisanstalt:

Stuhlgang und Gestühl

von Dr. Steffen Peltsch

Schiller nannte das Theater eine moralische Anstalt. Brecht sah die Bühne als Stätte, auf der vergnüglich Einsichten zum Funktionieren der Gesellschaft vermittelt werden können. Ähnliches verstand der große Shakespeare unter den Aufgaben der Schaubühne, die, so der Meister, im Schicksal des Einen das Große und ganze der Historie abbilden müsse. Die Welt in der Nuß.

Seit geraumer Zeit sind diese Markierungen in Winterschlaf geraten und wurden mehr und mehr hingeopfert. Nahm man noch hin, daß Schillers Räuber in Tarnanzügen und Hamlet in Jeans agierten – immerhin gab es ja Bezüglichkeiten zum Textoriginal – so wurde die Mode, alles Mögliche und Unmögliches mit den Urtexten anzustellen, für den ernsthafteren Betrachter immer mehr zum Ärgernis. Viele Intendanten und mancher Regisseur ließen sich auf fragwürdige Experimente ein, um immer neue Unerhörtheiten auf die Bühne zu bringen mit dem Ziel, ihre Häuser und die Schlagzeilen zu füllen.

Eine bestimmte Sorte halbgebildeter Kleinbürger, stets bemüht, stets »in« zu sein, fand das »echt super«. Und man war »out«, konnte man nicht mitschwafeln über den nackten Arsch, den das arme Gretchen Faust entgegenrecken mußte, als der sie aus dem Kerker holen wollte. Auf manchen Bühnen ging es schlimmer zu als im berüchtigten Dschungelcamp. Des lieben Schocks wegen ignorierte man alle Intentionen der Stückeschreiber; statt Denken zu fördern, wurde Verwirrung gestiftet. Wer schon konnte etwas damit anfangen, wenn der alte Moor am Ende der »Räuber« aus einem riesigen Kochtopf klettert, sich zur Rampe hieft und dort von einer Plastikpuppe entbindet, die er zu verzehren beginnt? War der Oralverkehr, den ein Regisseur der sogenannten Avantgarde Sohn Ferdinand mit dem eigenen Vater praktizieren ließ, sinnergänzend für die Deutung von »Kabale und Liebe«? Mußte Wilhelm Tell, dem ein Söldner ein Mikro vor das Gesäß hielt, beim Apfelschuß unbedingt furzen?

Nun – Zeitchen ist vergangen – haben die führenden Theater im Lande Stück für Stück zurück zu sich selbst gefunden. Was nicht heißt, daß nach den Auswuchtungen der jüngsten Vergangenheit alles bieder, steril und undialektisch zugehen tät. Daß die Rolling Stones in einer »Werther«-Inszenierung des Dresdner Theaters der jungen Generation das hinaus-schreien, was sich der arme Unglückliche nur selbst zuflüstert; daß Antigone ihren Bruder im Gefels des Hindukusch bestattet und ein frecher Jungregisseur den Sekretarius Wurm in einer Maske agieren ließ, die an das leibhaftige Konterfei des gewesenen Stasiaktenverwalters erinnert, sind Belege für einen produktiven und wirksamen Umgang mit den Überlieferungen. Vergegenwärtigungen dieser Art öffnen den Blick auf aktuelles und gehören zum Metho-

denfundus des Theaters seit seinen Anfängen.

Ausgerechnet das diesjährige Berliner Theatertreffen, für das die zehn »bemerkenswerten« Inszenierungen des letzten Jahres nominiert wurden, bietet nun mit einem zwölfstündigen (!) »Ibsen-Abend« dem geneigten Publikum eine Inszenierung an, mit der die alten Verhunzungen nicht nur reaktiviert, sondern noch unterboten werden. Auf einer Pressekonferenz bereitete die Festival-Chefin Yvonne Büdenhölzer die Medienvertreter schonend auf das Kolossaleignis vor, in dessen Verlauf sich der Regisseur und Schauspieler Vinge »immer wieder selbst in den Mund pinkelt«.

Das will zwar gekonnt und mag für »Wetten, daß...« geeignet sein, einer Interpretation Ibsens aber nur bedingt dienlich. Mime Vinge vermag aber mehr, als nur fontänenartig zu pissen. »Er scheißt manchmal auf die Bühne...« Kann also nicht nur Blase, sondern auch Schließmuskel. Wenn das keine Kunst ist.

Zum Schluß ergeht an die Zuschauer, sofern noch anwesend, die Aufforderung, Bänke aus dem Parkett zu reißen und in den Bühnenraum zu werfen. Wäre ein Goliath im Publikum, der ein Gestühlstück hernähm und es am Schädel des Scheißkerls platzieren könnte, hätte die Scheußlichkeit wenigstens ein Happy-End. Und von den Steuergeldern, mit denen der Senat das Kunstereignis unterstützt, müßte ein Tausender für den ehrbaren Attentäter doch wohl abzuzwacken sein.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Gemeinschaftsgarten



Eberswalde (bbp). Bald gibt es im Gemeinschaftsgarten im Brandenburgischen Viertel die erste Ernte. Die Erdbeeren leuchten schon rot. Auch die Erbsen, Kohlrabi und der Salat sprießen und lassen die Herzen der Hobbygärtner höher schlagen.

Die Sagenwanderung

27. Mai, Sonntag, Durch den Wald der 1000 Augen zum Baasee – Sagenhafte Wanderung –

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden ein zur geführten Wanderung. Nach der Einführung durch Bernd Müller am Brunnen und Brunnenkirchhof geht es mit Corinna Gerber durch das Brunnental bis zum Teller. Hier erwartet Bernd Müller bereits wieder die Wanderer mit Sagen, Anekdoten und gruseligen sowie lustigen Geschichten. Danach geht es hinab in den Wald der 1000 Augen und in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. Bei den Riesenlebensbäume, wo es wieder etwas heller wird, erwartet Bernd Müller die Teilnehmer mit den Baasee-Sagen. Um den See geht es vorbei an Brandenburgs höchstem Baum zur Waldschänke, wo Wirt Mirko Schluchter mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien aufwartet (ca. 12.30 Uhr). Nach einer ausgiebigen Rast, bei der wir Volkslieder singen werden, geht es gegen 14 Uhr auf den Siebenhügelweg bis wir am Weißen Stubbenweg abbiegen. An der Köhlerei werden wir dann gegen 15 Uhr mit Kaffee und Kuchen verwöhnt. Nun sind es nur noch wenige Meter bis zum Ausgangspunkt. Die gesamte Wanderstrecke beträgt 12 km, die Wandergeschwindigkeit 3 km/h. Wer möchte, kann auch nur die 6 km bis zum Baasee wandern und mit dem Kleinbus zur Köhlerei fahren. Die Wanderleiter Bernd Müller/Corinna Gerber bitten um vorherige Anmeldung unter 03344-333200. Anreisende mit dem Zug können vom Bahnhof abgeholt werden.

Treff: 10.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundheitsbrunnenstrasse 33, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren: Erwachsene 2,40 Euro, Kinder und Freienwalder Kurkarteninhaber ermäßigt 1,20 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Zur Kroneiche

3. Juni 2012, Sonntag, Von Chorin nach Seftenhütte über die Kroneiche

Hartmut Lindner führt auf einer 4 km Wanderung durch einen herrlichen Buchenwald vorbei an der 500jährigen Eiche am Weberstein in das Keramikdorf Senftenhütte. Kaffee und Kuchen im ehemaligen Schulhaus laden zur Rast. Dauer insgesamt ca. 3 Stunden (mit Kaffeepause)

Treff: 14.15 Uhr, Bahnhof Chorin, 16230 Chorin
Der Zug Richtung Eberswalde/Bernau/Berlin um 17.45 kann erreicht werden.

Organisationsgebühr: Erwachsene 2,20 Euro, Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber ermäßigt 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER



KULTURBAHNHOF FINOW

auch Vermietung

Mittwoch, 23. Mai, 19.30 Uhr: Gospel-Konzert mit den Westend Gospel Singers
Dienstag, 19. Juni, 9 - 16 Uhr: Erlebnistag Tier, Unkostenbeitrag 1,50 Euro
 Tiershow mit Zoodirektor Bernd Hensch, Hundesportverein DOGS Barnim 09 e.V.,
 Imkerei, Angelverein, Tauben, Kaninchen – Ausstellungen und Wissenswertes
 – Änderungen vorbehalten –
 Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow Tel. 03334-2779628

WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße:

Eröffnung mit Gartenparty

Eberswalde (bbp). Das WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße 15 wird am Freitag, den 8. Juni, ab 14 Uhr offiziell eröffnet. Alle kleinen und großen Leute aus Eberswalde, besonders aus dem Brandenburgischen Viertel, sind herzlich eingeladen. Neben den Repräsentanten der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG), in deren Regie der barrierearme Ausbau der einstigen Kita in ein Vereinshaus erfolgte, werden es sich auch offizielle Vertreter der Stadt Eberswalde nicht nehmen lassen, die Eröffnung zu feiern.

Die Vereine und Interessengruppen, die das Haus nutzen, werden an diesem »Tag der offenen Tür« Einblicke in ihre Arbeit geben und durch Ihre Teilnahme diesen Nachmittag bereichern. Unter anderem wird der Fahrradpar-

cour des Verkehrsgartens geöffnet sein, beim Karateverein »Eberkan« kann zugeschaut und ein Probetraining absolviert werden, die »Chattahoochee«-Linedancer zeigen ihr Können, die Oberbarnimer Eisenbahnfreunde bauen eine Gartenmodellbahn für Kinder auf, die »Gemeinschaftsgarten«-Initiative plant eine Pflanzaktion auf dem Gelände des Hauses.

Nach dem offiziellen Teil beginnt um 15 Uhr eine Gartenparty, die erst in den Abendstunden gegen 20 Uhr ausklingen wird. Unter anderem spielt die Band der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), die P & F Bluescompany, auf. Ein Bücherstand sorgt für das geistige, ein Getränkestand, Schmalzstullen und Deftiges vom Grill für das leibliche Wohl.

Eine Frau für alle Fälle

Diesen Eindruck konnten die Gäste der Ausstellungseröffnung bekommen, bei der Dagmar Enkelmann die Berliner Hobbymalerin Hannelore Jäger mit ihren »Impressionen aus Afrika« vorgestellte. Die gelernte Eisenbahnerin arbeitete als Ökonomin, nach der Wende als Sozialarbeiterin. Ab 1998 Frührentnerin, sah sie sich nach einer neuen Herausforderung um. Sie entdeckte für sich das Malen, insbesondere die Ölmalerei, da ihr die Farben so gut gefielen. Die Motive fand sie bei Urlaubsreisen, in der Umgebung und im Internet. 2009, auf einer ihrer ersten Ausstellungen, wurde der Maler Harry Böckmann auf sie aufmerksam und bildet sie seitdem aus. Er war auch derjenige, der zur Pastell- und später Mischtechnik anregte.

Für Hannelore Jäger ist ihr Hobby Schmerztherapie, denn seitdem braucht sie keine Schmerztabletten mehr. Wenn sie malt, vergißt sie alles um sich herum. Rund 800 Bilder sind bereits entstanden. Die Leidenschaft fürs Malen sieht man den Bildern auch an. Zu sehen sind Landschaften und Blumen in Öl, Pastell, 3-D-Technik. Bei der Serie über Afrika kann man die Hitze im Sonnenuntergang richtig fühlen. Als Untergründe dienen nicht nur Papier, es kommen Fliesen, besondere Bilderrahmen, oder auch Spiegelkacheln zur Anwendung. Ein Besuch ist bis zum 15. Juni im Barnauer Bürgerzentrum DIE LINKE, Berliner Str. 17 möglich.

BÄRBEL MIERAU

Anzeige

Übrigens...

... als Dietmar Bartsch 2002 Wahlkampfchef der Partei war, flog die PDS aus dem Bundestag. Jetzt will der Mann Bundesvorsitzender der LINKEN werden...

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv, BFG, Herzberg (2), Markmann, Müller, Steiner (2), Wollina, Wulf

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 17. Mai 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 14.6.2012, 12 Uhr.